Was lehrt uns die Aushebungsstatistik deutscher Länder in Bezug auf die physische Entwickelung ihrer Einwohner?

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Hohen Philosophischen Fakultät der Königl. Universität Breslau

eingereicht

und mit ihrer Genehmigung veröffentlicht

von

Ferdinand von Gerhardt

aus Breslau.

ACAD. LAND BAT. BIBL.

Freitag, den 21. Dezember 1906, vormittags 11 Uhr

in der Aula Leopoldina

Vortrag über

die Marxistische Verelendungstheorie.

Breslau

Buchdruckerei H. Fleischmann

1906.

Gedruckt mit Genehmigung der hohen philosophischen Fakultät der Königlichen Universität Breslau.

Referent: Prof. Dr. **Julius Wolf.**

Examen rigorosum bestanden am 12. 12. 06.

Meinen Eltern.

Inhalt.

Seite

Quellen und Literatur 7
A. Monographien 7
B. Akten, Jahrbücher und Zeitschriften 8
C. Artikel der Tagespresse. 9
Einleitung
I. Über den Wert der Rekrutierungsstatistik 13
II. Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäftes in den deutschen Bundesstaaten 23
A. im Grossherzogtum Baden. 24
B. im Königreich Bayern 26
C. im Königreich Hannover 30
D. im Königreich Preussen. 34
E. im Königreich Sachsen 37
F. im Königreich Württemberg 41
III. Hat die deutsche Wehrfähigkeit während des letzten Jahrhunderts abgenommen? 45
IV. Rekruten aus Industrie und Landwirtschaft. 52
Schlusswort: 58

Quellen und Literatur.

A. Monographien.

Abelsdorff, die Wehrfähigkeit zweier Generationen mit Rücksicht auf Herkunft und Beruf, Berlin 1905.

Ammon, die natürliche Auslese beim Menschen, Jena 1893.

Ammon, die Bedeutung des Bauernstandes für den Staat und die Gesellschaft, Berlin 1894.

Ammon, die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen, Jena 1900

Ballod, die Lebensfähigkeit der städtischen und ländlichen Bevölkerung, Leipzig 1897.

Ballod, die mittlere Lebensdauer in Stadt und Land, Leipzig 1899.

Bauer, der Zug nach der Stadt und die Städterweiterung, Stuttgart 1904.

Bedeutung der ländlichen Bevölkerung für die Wehrkraft des deutschen Reichs Referat von Sering. S. A. aus dem Archiv des deutschen Landwirtschaftsrats, Berlin 1902 und 1904.

Beschlüsse des internationalen statistischen Kongresses, Berlin 1861.

Bindewald, die Wehrfähigkeit der ländlichen und städtischen Bevölkerung, Diss. Halle 1901.

Bischoff, über die Brauchbarkeit der in verschiedenen europäischen Staaten veröffentlichten Resultate des Rekrutierungsgeschäftes, München 1867.

v. Blume, Militärpolitische Aufsätze, Berlin 1906.

Brentano & Kuczynski, die heutige Grundlage der deutschen Wehrkraft, Stuttgart 1900.

Dieterici, die Zunahme der Bevölkerung im preussischen Staate in Bezug auf Verteilung derselben nach Stadt und Land, Berlin 1857.

Donáth, der physische Rückgang der Bevölkerung S. A. aus der Wiener Klinik, Wien 1895.

v. Ernsthausen, statistische Darstellung des Kreises Moers, Moers 1863.
Heeres-Reform, die preussische, unter Benutzung offizieller Quellen dargestellt. Berlin 1867.
Helwing, über die Abnahme der Kriegstüchtigkeit Berlin 1860.
Jähns, Heeresverfassungen und Völkerleben, Berlin 1885.
Knorr, Von 1807 bis 1893, zur Entwickelungsgeschichte unserer Heeresverfassung, Berlin 1897.
Kuczynski, der Zug nach der Stadt, Stuttgart 1897.
Moltke's Vermächtnis, Stärkung der sinkenden Wehrkraft, Berlin 1892.
Ranke, Beiträge zur physischen Anthropologie der Bayern, München 1883.
Riedle, Beiträge zur medizinischen Statistik Württembergs, Diss. 1830.
Schallmeyer, über die drohende körperliche Entartung der Kulturmenschheit, Berlin 1891.
Sohnrey, die Bedeutung der Landbevölkerung im Staate, Berlin 1896.
Thurnwald, Stadt und Land im Lebensprozess der Rasse. S. A. aus dem Archiv für Rassen- und Gesellschafts-Biologie, Berlin 1904.
v. Vogl, die wehrpflichtige Jugend Bayerns, München 1905.
Weissmann, über die Vererbung, Leipzig 1892.

B. Akten, Jahrbücher und Zeitschriften.

Akten des Kgl. Hannöverschen Kriegsministeriums von 1820 bis 1866.
Akten des Kgl. Sächsischen Kriegsministeriums von 1828 bis 1899.
Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie, Jahrgang 1904 und 05.
Baden, Statistisches Jahrbuch für das Grossherzogtum, Jahrgang 1868 bis 1905.
Bayern, Statistisches Jahrbuch für das Königreich, Jahrgang 1894.
Centralblatt für allgemeine Gesundheitspflege, Jahrgang 1898.
Dieterici, Tabellen u. amtliche Nachrichten über den Preussischen Staat, Berlin 1849 bis 1854.
Dieterici, Mitteilungen des statistischen Bureaus in Berlin, Jahrgang 1855 und 1860.
Dieterici, Handbuch der Statistik der preussischen Staates, Berlin 1858.
Drucksachen des Reichstages, Jahrgang 1880 bis 1903/05.
Engel, Zeitschrift des Kgl. Sächsischen Statistischen Bureaus, Jahrgang 1856.

Engel, Zeitschrift des Kgl. Preussischen Statistischen Bureaus Berlin 1864.
Grenzboten, die, Jahrgang 1891.
v. Hermann, Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern, Heft III, VIII, X, XVIII, München seit 1850.
Jahrbuch, Statistisches, für das Deutsche Reich, Jahrg. 1880—1905
„ für die amtliche Statistik des Preussischen Staates, Jahrgang 1876.
Land, das, Jahrgang 1895.
Marine-Rundschau. Jahrgang 1906.
Politisch-Antropologische Revue, Jahrgang 1905.
Preussische Jahrbücher herausgegeben von Delbrück Band 91, 92 und 101.
Preussen, Statistisches Jahrbuch für das Königreich, Jahrgang 1901—1905.
Sachsen, Statistisches Jahrbuch für das Königreich, Jahrg. 1888—1904.
Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes Berlin, Jahrgang 1906.
Vierteljahrshefte zur Statistik des deutschen Reiches, Jahrgang 1894 - 1904.
Wolf, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jahrgang 1902 und 03.
Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jahrgang 1834—1904.
Württemberg, Statistisches Handbuch für das Königreich, Jahrgang 1900—04.
Zeitschrift das Kgl. Sächsischen Statistischen Bureaus, Jahrgang 1866—1869.

C. Artikel der Tagespresse.

Conserv. Correspondenz, 1906. Nr. 62: Wehrkraft und Sozialreform.
Der Tag, vom 14. 8. 06. Nr 409, Entartung.
desgl. vom 15. 8. 06. Nr. 411, Physische Degneration.
Deutscher Reichsanzeiger vom 3. 3. 05. Nr. 54, Rede des Staatsministers Dr. Grafen v. Posadowsky-Wehner.
Deutsche-Tages-Zeitung, 1900 Nr. 602, das Rückgrat unserer Macht.
desgl. vom 15. 5. 1901 Nr. 225, die Wehrfähigkeit der ländlichen und städtischen Bevölkerung.
desgl. vom 8. 11. 05. Nr. 526, Brentano's Steckenpferd.
desgl. vom 13. 3. 06. Nr. 121, Nationale Wehrhaftigkeit und Bauerntum.
Hannöverscher-Courier vom 2. 10. 06, Nr. 26450, die Militärtauglichkeit der deutschen Wehrpflicht.
Neue Preussische- (Kreuz) Zeitung vom 27. 8. 01, Nr. 399, Kritik über Elben und Brentano.

Neue Preussische- (Kreuz) Zeitung vom 16. 2. 02, Nr. 79, Heer- und Volkswirtschaft I.
desgl. vom 18. 2. 02, Nr. 81, Heer- und Volkswirtschaft II.
desgl. vom 25. 7. 02, Nr 344, die Bedeutung der landwirtschaftlichen Bevölkerung für die Wehrkraft I.
desgl. vom 26. 7. 02, Nr. 345, desgl. II.
desgl. vom 24. 11. 02, Nr. 550, ein „Republikaner" über die Bedeutung der Landwirtschaft.
desgl. vom 3. 4. 03, Nr. 157, landwirtschaftl. Bevölkerung und Wehrkraft I.
desgl. vom 3. 4 03. Nr. 158, desgl. II.
desgl. vom 6. 5. 04, Nr. 212, die Wehrkraft Deutschlands.
desgl. vom 14. 6. 06, Nr. 272, die Untauglichkeit der Tauglichkeitsziffer.
desgl. vom 5. 10. 06, Nr. 567. die Militärtauglichkeit der deutschen Wehrpflichtigen.
Schlesische Zeitung vom 14 6 05, Nr. 409, Veränderungen und Fortschritte im Militärwesen.
Vorwärts, Jahrgang 1900, Nr. 299, Brentano und Kuczynski.

Anm.: Die Zeitungsartikel aus früheren Jahren, besonders aus 1897/98, sind bei Brentano a. a. O. zusammengestellt.

Einleitung.

Seit ungefähr 50 Jahren hat man sein Augenmerk auf die Rekrutierungsstatistik gerichtet, um aus ihr allerlei Folgerungen für das physische Wohlergehen einer Bevölkerung, deren Grössenentwickelung, schliesslich auch deren berufliche Verhältnisse zu ziehen. Die bahnbrechenden Arbeiten dieser Art fallen in das Dezennium von 1856—66. Ich erinnere hier an die Aufsätze von Engel, Sick[1]), Helwing und Bischoff.

In recht ergiebiger Weise behandelten diese Autoren in meist amtlichen Zeitschriften und Jahrbüchern dieses Thema kamen aber sämtlich zu dem Schlusse, dass das zu Gebote stehende Material höchst unvollkommen sei. Leider haben sich in dieser Hinsicht die Verhältnisse auch heute noch nicht in dem Masse gebessert, wie es wünschenswert wäre. Es mag dies wohl damit zasammenhängen, dass man amtlicherseits jenen Zweig der Statistik neuerdings fast garnicht mehr zum Gegenstande grösserer Erörterungen gewählt hat.

Erst seit etwa 15 Jahren hat sich das Interesse Deutschlands wieder dem Heeresersatz zugewandt, besonders seit der Parteikampf zwischen den Anhängern des Industrie- und Agrarstaates durch Brentano's Vortrag: „Über die heutige Grundlage der deutschen Wehrkraft“ [2]) neu entfacht wurde. Alle Monographien aber aus dieser Zeit bringen nur geringes statistisches Material, selten einen

[1]) Statistisches Jahrbuch für das Königreich Württemberg, Jahrgang 1857.

[2]) Stuttgart 1900.

grösseren als zehnjährigen Zeitraum umfassend, und nützen dieses auch nur nach einer Richtung hin aus, für Beantwortung der Frage nämlich, ob Stadt oder Land mehr brauchbare Rekruten hervorbringe. Die weit wichtigere Frage aber, ob sich das Rekrutenmaterial überhaupt während des letzten Jahrhunderts verbessert oder verschlechtert hat, ist mit wenigen Ausnahmen gänzlich ausser Acht gelassen worden.

In vorliegender Arbeit, deren Hauptzweck ein näheres Eingehen gerade auf diese Frage ist, habe ich mich vor allem bemüht, alles nur irgend verwendbare Material über die deutsche Rekrutierung zusammenzustellen [1]). Dies war mit um so grösseren Schwierigkeiten verbunden, als die Veröffentlichungen der einzelnen statistischen Ämter meist unvollständig waren und Aktenmaterial aus den betreffenden Kriegsministerien herangezogen werden musste. Auf den Einfluss, den die einzelnen Berufsarten auf die Wehrfähigkeit ausüben, werde ich eingehend in späteren Arbeiten hinweisen.

---

[1]) Ärztlicherseits bemüht man sich neuerdings, für ganze Jahrgänge von Geborenen die Lebensschicksale durch genaue Verfolgung mit Hilfe der behördlichen Quellen bis ins 20. Jahr und weiter festzustellen. Inwiefern physiologische Umstände, lokale Sitten (Stillen, Flaschenaufzucht — präventive Massregeln in der Ehe) und andere Gründe nun den Ausschlag geben, kann auf diesem Wege mit der Zeit festgestellt werden. (Untersuchungen z. B. des Professor Peiper in Greifswald bezüglich der Geburten pp. in Neuvorpommern).

I.

Über den Wert der Rekrutierungsstatistik.

Bei allen den ungeheuren Umwälzungen, die das neunzehnte Jahrhundert auf sämtlichen Gebieten des physischen und psychischen Lebens mit sich gebracht hat, ist es nicht nur höchst interessant, sondern auch dringend notwendig, eine Untersuchung darüber anzustellen, welche Folgen diese veränderten Lebensverhältnisse für die Bevölkerung in sanitärer Beziehung hatten.

Der materielle Wohlstand einer Nation ist leicht zu erkennen aus den Steuerlisten, Sparrücklagen etc., aber für den physischen Wohlstand fehlt uns ein solcher Gradmesser. Geburtenfrequenz, Sterbetafeln oder gar die blosse Bevölkerungsziffer sind bei weitem nicht ausreichend, uns ein klares Bild gewinnen zu lassen von den komplizierten Verhältnissen der Volksgesundheit und des physischen Wohlstandes. Zu diesem Zwecke hat man Morbilitätsstatistiken zur Hand genommen und nachgewiesen, dass das epidemische Auftreten verschiedener oft geradezu verheerend wirkender Seuchen in ständigem Rückgang begriffen ist, dass einzelne Krankheiten jetzt überhaupt nicht mehr auftreten, schliesslich, dass, wenn man das fortwährende Anwachsen der Bevölkerungsziffer in Erwägung zieht, die Morbilität bedeutend geringer ist, als früher.

Auf den ersten Blick erscheinen diese Behauptungen sicherlich zutreffend und beweiskräftig, einer exakten Prüfung aber halten sie nicht stand. Wohl sind einige

Krankheiten, wie die epidemische Pest, die schwarzen Blattern und die Cholera in den Kulturstaaten seltener geworden, aber an ihre Stelle sind Tuberkulose, Krebs und Nervenkrankheiten getreten. Im Übrigen sind zur Beurteilung des physischen Zustandes einer Bevölkerung nicht allein die Morbilitätsverhältnisse ausschlaggebend. Eine Bevölkerung kann sich wohl in physisch schlechtem Zustande befinden, ohne doch akute Krankheitssymptome aufzuweisen; von einer solchen Bevölkerung spricht man als von einer degenerierten im engeren Sinne.

Wie aber nun ein Mittel finden, diese Degeneration zahlenmässig festzustellen oder für sie einen Gradmesser zu erhalten?!

Da lag es nun sehr nahe, die alljährlich stattfindenden Rekrutenuntersuchungen etwas näher ins Auge zu fassen und deren Ergebnisse zu verallgemeinern. Man schloss dann aus der Zu- oder Abnahme der Militärbrauchbarkeit der jungen Männer auf die allgemeinen physischen Verhältnisse der Bevölkerung in dem betreffenden Aushebungsdistrikte. Wenn Generalisationen stets mit Vorsicht vorzunehmen sind, so sind sie auf unserem Gebiete geradezu gewagt. Dies zeigte sich gar bald in den falschen und widersprechenden Folgerungen, die man aus den Ergebnissen des Rekrutierungsgeschäftes zog.

Wie weit wir überhaupt solche Resultate als massgebende Argumente anerkennen können oder müssen, hängt lediglich von unserer Wertschätzung der Rekrutierungsstatistik ab. Auch hierüber haben die Ansichten im Laufe der Zeit sehr gewechselt und sind auch noch heutzutage geteilt. Über einen Punkt war und ist man sich vollständig einig, dass die Ausbeute aus dem immerhin reichen Material, das die alljährliche ärztliche Untersuchung fast sämtlicher jungen Männer im Alter von 20 Jahren bietet, unstreitig eine bedeutend grössere sein könnte, wenn die Ergebnisse für die wissenschaftlichen Forschungen zweckmässiger zusammengestellt würden und

auch vor allem einwandsfrei und regelmässig zur Veröffentlichung gelangten.

Eine Gefährdung der militärischen Interessen würde nicht eintreten, vielleicht wäre im Gegenteil eine Durchleuchtung dieser Verhältnisse militärisch wertvoll. Erst dann, wenn die physischen Verhältnisse einer Gegend klar gelegt sind, erst dann können Verwaltungs- und Medizinalbehörden am rechten Platze eingreifen und vorhandene Schäden und gesundheitliche Gefahren beseitigen[1]). In eben diesem Sinne sprach sich schon der internationale statistische Kongress aus, der im Jahre 1864 in Berlin tagte[2]).

Der Kongress erblickte in den Rekrutierungsstatistiken äusserst wertvolles Matertal für biostatische Untersuchungen. Virchow äusserte ebendaselbst, dass der gesundheitliche Zustand der militärpflichtigen Jugend nicht nur einen Ausblick in die Zukunft der Nation, sondern auch Rückschlüsse gewähre auf Vorzüge und Mängel ihrer Erzeuger. Hierdurch würde aber auch teilweise die weibliche Bevölkerung mit in den Beobachtungskreis gezogen, und die Gesundheit der Militärpflichtigen sei somit ein wahrhaftiges Abbild von dem physischen Können der ganzen Bevölkerung. „Gewiss hat daher eine weise Regierung die ernsteste Aufgabe, diesen Massstab für das Wohlergehen ihres Volkes recht sorgfältig zu prüfen, und keine Mühe zu scheuen, das Rekrutierungsgeschäft so sehr als möglich nicht bloss seinem nächsten Zwecke, dem des Heeresersatzes, sondern noch mehr dem weiteren und höheren Zwecke des Staates überhaupt nutzbar zu machen."

Ein starkes Heer sei im Interesse des ganzen Staates erforderlich, die Grundbedingung aber für die Haltung eines solchen bestehe in der physischen Potenz des

---

[1]) vgl. hierzu die Anregung des Generalleutnants von Horn bei Anton, Geschichte der preussischen Fabrikgesetzgebung, Leipzig 1891.

[2]) Beschlüsse des internationalen statistischen Kongresses, Berlin 1864

Volkes. Es käme nun vor allem darauf an, durch die Rekrutierungsgeschäfte eine Bilanz zu ziehen über vorhandenes und künftiges brauchbares Menschenmaterial; denn nur mit dem Vorrat könne man haushalten, den man kennt[1]).

Da es nun aber kaum die Aufgabe der Ersatzkommissionen oder des Kriegsministeriums sein könne, für die Gesunderhaltung der Militärpflichtigen zu sorgen und hier und da entsprechende Massnahmen zu ergreifen, so müsse den hierzu berufenen Fachmännern und Behörden durch genaue Bekanntgabe der Resultate des Heeresergänzungsgeschäftes die Möglichkeit gegeben werden.

Diese Notwendigkeit wird aber leider noch nicht gänzlich in den massgebenden Kreisen erkannt, vielmehr ist man häufig noch bemüht das Aktenmaterial über die Ersatzgeschäfte nach Kräften geheim zu halten, wenngleich in allerjüngster Zeit infolge der angestrengten, äusserst dankenswerten Bemühungen des deutschen Landwirtschaftsrates ein kleiner Fortschritt in dieser Beziehung zu verzeichnen ist[2]).

Während, wie wir gesehen haben, Virchow auf dem internationalen statistischen Kongresse den Rekrutierungs-Statistiken den grössten Wert beimass, finden wir bei Bischoff[3]) gerade die entgegengesetzte Ansicht vertreten. Fast schon auf den ersten Blick erscheinen uns Bischoffs Argumentationen überzeugend, und dieser

---

[1]) In gleichem Sinne äussert sich Vogel in seiner Schrift: „Die wehrpflichtige Jugend Bayerns, München 1905."

[2]) Ausserdem sollen laut Mitteilung des Hannov.-Kouriers vom 2. X. 1906 Nr. 26450 zur Feststellung des Einflusses von Herkunft und Beschäftigung auf die Militärtauglichkeit der Heerespflichtigen zum 1. Dezember statistische Erhebungen gemacht werden, welche die bisherigen Aufzeichnungen über die Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäftes zweckmässig erweitern sollen. Inzwischen ist dies geschehen. Vgl. die als Anhang abgedruckte Zählkarte.

[3]) Bischoff: Über die Brauchbarkeit der in verschiedenen europäischen Staaten veröffentlichten Resultate des Rekrutierungsgeschäftes. München 1867.

Eindruck festigt sich bei näherer Prüfung seiner Ausführungen mehr und mehr. Es liegt denn doch wohl auch eine bedeutende Überschätzung des Materials vor, wenn Virchow aus den Ergebnissen des Rekrutierungsgeschäftes Schlüsse auf den weiblichen Teil der Bevölkerung ziehen will, wenngleich, wie später noch näher darzulegen ist, auch Relationen zwischen Wehrfähigkeit einerseits und physischem Wohlstand der Frauen andererseits bestehen. Bischoff geht bei seiner Beweisführung von dem Grundgedanken aus, dass die Untersuchung der Wehrpflichtigen nur im militärischen Interesse erfolgt, also bei denselben nur auf solche Punkte Wert gelegt wird, die in dieser Richtung hin von Bedeutung sind. Ein einfaches Beispiel möge zur näheren Erklärung dienen: Ein Wehrpflichtiger stellt sich vor. Der Arzt sieht auf den ersten Blick, dass der Mann das vorgeschriebene Mass nicht hat, und diese Beobachtung wird durch die Messung bestätigt.

Nun wird der Mann, wenn nicht die Aussicht vorhanden ist, dass er sich binnen ein bis zwei Jahren vollkommen auswächst, nicht weiter auf andere körperliche Fehler untersucht, sondern wegen Untermasses zu den Untauglichen geschrieben. Für die militärischen Zwecke genügt dieses Verfahren vollkommen, keineswegs aber für unsere Forschungen.

Einen weiteren, sehr erheblichen Übelstand erblickt Bischoff in der meist übersehenen Tatsache, dass häufig ein und derselbe Mann in den Rekrutierungslisten mehrere Jahre hintereinander mitgezählt wird. So kann derselbe Mann während zweier Jahre zur Steigerung der Ziffer der zeitig Untauglichen beitragen, um dann im dritten Jahre entweder zu den Tauglichen oder zu den dauernd Untauglichen gezählt zu werden. Auch diese Ungenauigkeit kommt für die militärischen Zwecke nicht in Betracht und ist auch bei dem besten Willen kaum zu vermeiden, da stets eine grosse Anzahl Wehrpflichtiger mit zwanzig Jahren noch nicht die volle körperliche Ausbildung erlangt hat.

Auch die Festsetzung eines Minimalmasses möchte Bischoff abgeschafft wissen. Die Nachteile, die durch ein solches entstehen meint er, seien augenfällige: erstens könnte ein Untermässiger, der im Übrigen aber kräftig und proportioniert gebaut ist, ebensogut der Wehrpflicht genügen, wie die anderen. Ja, man hat sogar bis in die jüngste Zeit hinein die Erfahrung gemacht, dass die kleinen Soldaten (natürlich unter den obigen Voraussetzungen) viel ausdauernder und zäher sind, als ihre grösseren Kameraden. Zweitens könnten durch ein Minimalmass grosse Ungerechtigkeiten entstehen, wenn es nicht in den verschiedenen Landesteilen den dort vorherrschenden Rassenverhältnissen entsprechend normiert würde.

Alle diese Vorwürfe lassen sich nicht aus der Welt schaffen und sind dazu angetan, den Wert der Rekrutierungsstatistik wesentlich herabzumindern. Die schwerwiegendsten Bedenken aber gegen die biostatistische Verwertung dieses Materials bringt Bischoff zum Schlusse. Es handelt sich bei diesen um den meist unterschätzten Einfluss, den äussere politische Verhältnisse auf die Ergebnisse des Ersatzgeschäftes ausüben. Von vornherein ist es doch klar und verständlich, dass zu Friedenszeiten bei den Musterungen einerseits rigoroser verfahren und nur das beste Material zur wirklichen Dienstleistung herangezogen wird, dass man andererseits soweit nur irgend angängig, häusliche Verhältnisse der Wehrpflichtigen berücksichtigt, die eine etwaige Befreiung zur Folge haben. Es werden auf diese Weise häufig Leute mit nur geringen Körperfehlern militärfrei, die im Kriegsfalle oder bei sonst gesteigertem Rekrutenbedarf ganz entschieden ins aktive Heer eingestellt würden.

Ähnlich wie politische Verhältnisse können auch veränderte Musterungsinstruktionen wirken, ich weise hier nur auf die Herabsetzung des wehrpflichtigen Alters, auf die Herabsetzung des Minimalmasses und auf den Umstand hin, dass in der neuesten Zeit Mannschaften mit geringen Mängeln, wie Fehlen eines Fingergliedes (sofern

es sich nicht um Daumen oder Zeigefinger handelt) etc. versuchsweise eingestellt werden.

Alle diese Tatsachen sind geeignet, eine Vergleichung der jetzigen Rekrutierungsergebnisse mit denen aus früheren Zeiten wesentlich zu erschweren, wenn nicht gar als unzulässig erscheinen zu lassen. Auf jeden Fall ist grade Vorsicht bei Schlussfolgerungen aus diesen Statistiken anzuwenden, zumal wenn wir noch in Erwägung ziehen, wieviel genauer und zuverlässiger die ärztliche Diagnose im Vergleich zu früheren Jahrzehnten jetzt ist.

Sind nun also die Aushebungsstatistiken für unsere Zwecke gänzlich wertlos und haben wir somit gar keinen Gradmesser für die physische Entwicklung einer Bevölkerung? Wollten wir die erste Frage mit ja und die zweite mit nein beantworten, so hiesse das, die Flinte vorzeitig ins Korn werfen. Wir müssen sehen, das Wenige, das uns nützen kann, aus den Rekrutierungsstatistiken herauszuziehen und dann prüfen, auf welche Art diese Statistiken brauchbarer gestaltet werden können, sodass militärische und wissenschaftliche Interessen in gleichem Masse berücksichtigt werden, ohne jedoch einander zu kreuzen. Vorschläge nach dieser Richtung hin sind schon viele gemacht worden, aber ein Punkt wurde stets ausser Acht gelassen, dem ich die höchste Bedeutung beimessen möchte. Um meinen Vorschlag erläutern und rechtfertigen zu können, muss ich zunächst eine Begriffsbestimmung der Degeneration vorstellen. Gerade bei diesem Worte, das jetzt so häufig in den verschiedensten Beziehungen, oft sogar falsch angewendet wird, ist eine präzise Abgrenzung des Begriffes für einen bestimmten Zweck unbedingtes Erfordernis; so ist es beispielsweise vorgekommen, dass Degeneration und Militäruntauglichkeit einfach identifiziert wurde.

Wenn also in vorliegender Arbeit von Degeneration gesprochen wird, so ist darunter zu verstehen: Die von Anfang an dem einzelnen Individuum oder einer Gruppe von Individuen innewohnende physische

Unmöglichkeit, oder der Keim zu einer solchen, sich unter den gewohnten Bedingungen zu einem der Art entsprechenden normalen Geschöpfe auszubilden, beziehungsweise eine der Art entsprechende normale Nachkommenschaft hervorzubringen.

Ob diese Definition medizinisch einwandsfrei und völlig erschöpfend ist, kommt für unsere Untersuchung nicht in Betracht; wenn der Schwerpunkt auf die beiden Worte „physische Unmöglichkeit“ gelegt wird, ist sie für unsere Zwecke ausreichend. Wenn wir nun von dieser Definition ausgehend die Rekrutierungsstatistiken prüfen, zeigt sich gar bald, dass sie kein absoluter Gradmesser der Degeneration sind, wohl aber sein könnten, wenn eine jetzt zu erörternde Aenderung bei ihnen vorgenommen würde. Nirgends finden wir die Rubrik „Untaugliche“ spezieller gegliedert, höchstens stossen wir auf eine Einteilung derselben in Untermässige und Gebrechliche; aber hiermit ist noch nicht allzuviel gewonnen. Es kommt vor allem darauf an, die einzelnen Gebrechen, welche Dienstuntauglichkeit im Gefolge haben, genau zu spezifizieren, sie aber mindestens in zwei Rubriken einzuteilen, in a) angeborene, b) später erworbene körperliche Fehler. Erst vermittelst dieser Spezifikation der Gebrechen wird es uns möglich, einen Fortschritt oder Rückgang der Degeneration nach Massgabe der ab- oder zunehmenden Frequenz der angeborenen Körperfehler feststellen zu können.

Hier liegt doch klar auf der Hand, dass Mannschaften, welche infolge ihres Berufes oder irgend welcher Unglücksfälle untauglich machende Fehler aufweisen, unmöglich als Degenerierte bezeichnet werden können! Für militärische Zwecke ist diese Unterscheidung zwar vollkommen belanglos, aber wie wichtig ist sie für die biostatische Forschung, und wie leicht wäre sie bei den Musterungsgeschäften durchzuführen.

Noch einmal möchte ich vor der Gleichsetzung von Degeneration und abnehmender Dienstuntauglichkeit

warnen; es können häufiger vorkommende berufliche Schädigungen oder Unglücksfälle zwar eine Schwächung der Wehrfähigkeit zur Folge haben, nie kann aber eine solche Statistik uns ein Bild von Entartung einer Bevölkerungsgruppe gewähren.

Infolge aller dieser Mängel kann die Ausbeute aus den Rekrutierungsstatistiken nur eine verhältnismässig geringe sein und wird sich der Hauptsache nach nur auf eine Rubrik, die zeitig Untauglichen, beschränken. Diese Ziffer ist die einzige, welche uns einen klaren Einblick in den physischen Werdegang einer Bevölkerung gestattet, indem sie angibt, wieviele junge Männer im wehrpflichtigen Alter das vorgeschriebene Normalmass erreicht haben oder nicht. Aber leider fehlt diese Rubrik bei einigen Veröffentlichungen, und wir müssen uns dann dort mit den bedingt Tauglichen begnügen, die ja eine ähnliche Kategorie von Menschen darstellen. Einen eventuellen Wert für unsere Untersuchungen hat auch die Rubrik „Untermässige", die aber auch nur vereinzelt aufgeführt ist.

Wir sehen, das unser Resultat fast ein negatives wird und wir uns beinahe mit einem „non liquet" begnügen müssen, dass dies aber durchaus nicht der Fall zu sein brauchte, wenn bei den Militärstatistiken der wissenschaftlichen Verwertungsmöglichkeit nur ein wenig Sorge getragen wäre. Das schlimmste Hindernis aber bieten die fortgesetzten Unstimmigkeiten [1]) auf die man allenthalben stösst, und deren Beseitigung meist nicht möglich ist.

Auch sollten sämtliche Aushebungsstatistiken nach demselben Schema rubriziert sein, was eine wissenschaftliche Bearbeitung wesentlich erleichtern würde. Soweit es das vorhandene Material gestattete und mit Hilfe von Umrechnungen möglich war, habe ich die nachfolgenden Statistiken möglichst einheitlich gestaltet. Eine nachhaltige

[1]) Ich verweise hier nur auf die drei sächsischen Statistiken, deren zweite unmittelbar den Akten des Kgl. Sächs. Kriegsministeriums, die mir gütigerweise zur Verfügung gestellt wurden, entnommen ist.

und wirkliche Besserung auf diesem Gebiete kann aber erst eintreten, wenn die Zusammenstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäftes von eigens dazu bestellten fachkundigen Statistikern erfolgen wird. Zu diesem Zwecke müsste jedem Generalkommando zum mindestens aber dem Kriegsministerium eine statistische Abteilung angegliedert werden, die unter sachkundiger Leitung stehen müsste. Durch eine solche Einrichtung würde nicht nur der Wissenschaft ein grosser Dienst erwiesen, sondern auch die militärischen Interessen weitgehend gefördert.

Möchten diese Zeilen geeignet sein, die massgebenden Kreise in obiger Hinsicht anzuregen und zu beeinflussen.

II.

Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäfts in den deutschen Bundesstaaten.

Vorbemerkungen.

In diesem Kapitel sind die einzelnen Bundesstaaten nach dem Alphabet geordnet; um ein möglichst vollständiges Bild zu gewähren, sind auch die Rekrutierungsstatistiken des ehemaligen Königsreichs Hannover mit aufgenommen worden. Diese sind direkt den Akten des damaligen Kriegsministeriums entnommen und können daher als autentisch angesehen werden. Das Gleiche gilt von der zweiten sächsischen Statistik, der auch das Urmaterial zu Grunde gelegt ist. Die anderen Statistiken beruhen auf Veröffentlichungen statistischer Ämter, oder sind aus schon früher erschienenen Monographien übernommen. An vielen Stellen waren Umrechnungen erforderlich, um einerseits mögliche Einheitlichkeit der Tabellen herzustellen, andererseits aber die für unsere Untersuchung wichtigen Punkte deutlicher hervortreten zu lassen. Dies gilt besonders für die zweite preussische Statistik, die dem statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich entnommen ist, die aber in ihrer ursprünglichen Form nur sehr schlecht verwendbar gewesen wäre. Wo sich in den Tabellen Lücken zeigen, war entweder das erforderliche Material nicht zu beschaffen, oder das vorhandene war so widersprechend und unstimmig, dass eine Aufnahme desselben als zwecklos erschien.

A. Grossherzogtum Baden.

Jahr	Gesamtzahl der vorgestellten Militärpflichtigen	dauernd Untaugliche	zeitig Untaugliche	bedingt Taugliche	Taugliche	Bemerkg.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1868	15 643	4 001	3 665		7 705	
1869	19 358	4 690	3 749	909	9 760	
1870	20 653	5 283	3 496	3 048	8 726	
1871	17 390	3 254	5 634	1 549	6 953	
1872	18 803	1 613	7 919	1 660	7 611	
1873	21 611	1 797	8 878	3 708	7 228	
1874*	20 910	1 981	9 081	2 715	7 133	* fehlende
1879	27 620	2 984	15 191	3 845	5 600	Jahre von
1880	28 161	2 929	16 022	4 142	6 068	1875 - 78
1881	28 810	2 859	15 108	4 682	6 135	nicht zu
1882	28 615	2 943	15 211	4 438	6 023	ermitteln.
1883	29 040	2 741	15 673	4 085	6 541	
1884	30 189	2 557	16 807	4 680	6 145	
1885	30 235	2 371	16 083	5 069	6 692	
1886	31 616	2 291	17 629	5 189	6 507	
1887	32 078	1 937	17 856	5 412	6 873	
1888	32 194	1 242	17 687	6 482	6 783	
1889	32 892	1 355	17 835	7 330	6 372	
1890	33 098	997	18 938	6 440	6 723	
1891	32 963	1 022	17 978	6 325	7 638	
1892	34 850	977	20 140	6 758	6 975	
1893	36 488	885	19 769	6 273	9 561	
1894	35 902	1 056	19 069	6 081	9 696	
1895	37 626	1 141	20 023	6 424	9 438	
1896	37 329	1 423	19 969	6 976	8 911	
1897	39 661	1 398	22 475	6 416	9 372	
1898	39 720	1 416	23 120	6 796	9 388	
1899	41 517	1 730	22 457	6 979	10 351	
1900	40 288	1 525	22 106	6 663	9 994	
1901	40 447	1 744	21 324	6 543	10 836	
1902	41 341	1 666	21 788	6 579	11 308	

Was geht nun aus dieser Statistik hervor?

Die Zahl der zeitig Untauglichen ist ganz erheblich gestiegen; während sie im Jahre 1868 nur rund 33 % betrug, hat sie bis zum Jahre 1902 einen Stand von 50 % der Gesamtzahl der Vorgestellten erreicht. Im Jahre 1870 sank sie auf 16,66 %. Dieses Sinken ist durch den Mehrbedarf an Mannschaften für den Krieg zu erklären, und wir können schon aus diesem einen Faktum erkennen, welchen Einfluss die äusseren politischen Verhältnisse auf die Ergebnisse des Musterungsgeschäftes ausüben.

Die Zahl der dauernd Untauglichen ist dagegen in ständigem Rückgange begriffen; während sie im Jahre 1868 noch fast 25 % betrug, war sie im Jahre 1902 bis auf nur 4,16 % gefallen.

Wir sehen also, dass in Baden die absolute Dienstunfähigkeit zurückgeht, dass sich aber ferner die jungen Männer jetzt langsamer entwickeln müssen als früher, da sie bei Erreichung des dienstpflichtigen Alters die vorgeschriebenen Masse noch nicht aufweisen. Welche weiteren Folgerungen aus diesem Resultate notwendig gezogen werden müssen, soll im nächsten Kapitel, nachdem wir einen Überblick auch über die anderen Bundesstaaten gewonnen haben, dargelegt werden. —

B. Königreich Bayern.

No. 1.

Jahr	Zahl der Konskribierten:	Untauglich wegen		Summa der Kolumnen 3 u. 4
		Untermasses	Gebrechen	
1.	2.	3.	4.	5.
1822	34 112	521	7 526	8 047
1823	40 283	429	9 505	9 934
1824	41 971	588	8 999	9 587
1825	39 846	477	8 375	8 852
1826	40 698	557	9 169	9 726
1827	42 038	460	9 799	10 259
1828	40 791	596	10 155	10 751
1829	45 249	566	11 361	11 927
1830				
1831	41 293	518	10 632	11 150
1832	42 354	651	10 992	11 643
1833	44 672	715	11 434	12 149
1834	44 250	734	11 212	11 946
1835	40 715	691	9 604	10 295
1836	39 895	779	9 987	10 766
1837	44 697	778	10 892	11 670
1838	42 043	782	9 689	10 471
1839	37 944	707	8 533	9 240
1840	40 192	658	8 735	9 493
1841	48 401	904	10 002	10 906
1842	47 316	987	10 465	11 452
1843	46 820	914	10 429	11 343
1844	44 329	927	10 440	11 367
1845	46 190	811	10 971	11 782
1846	44 626	899	10 578	11 477
1847	42 938	787	10 296	10 983
1848	44 496	875	9 677	10 552
1849	44 532	984	8 394	9 378
1850	43 737	938	8 193	9 031
1851	42 393	825	8 002	8 827
1852	42 525	736	8 153	8 889
1853	38 744	1 699	10 511	12 210
1854	38 438	1 598	10 614	12 212
1855	38 159	1 932	10 765	12 697
1856	38 996	1 819	10 703	12 522
1857	41 688	2 129	9 676	11 805

Königreich Bayern.

No. 2.

Jahr	vorgestellte Dienstpflichtige	dauernd Untaugliche	zeitig Untaugliche	bedingt Taugliche	Taugliche
1.	2.	3	4.	5.	6.
1883	74 911	10 463	28 060	8 700	27 688
1884	77 127	10 084	28 173	11 089	27 781
1885	76 623	9 419	29 424	10 363	27 417
1886	80 541	9 359	32 075	12 123	26 984
1887	80 705	8 107	32 067	12 198	28 333
1888	85 090	6 782	35 122	13 952	29 234
1894	94 926	4 366	43 053	19 250	28 257
1895	98 072	4 272	44 914	21 039	27 847
1896	102 193	4 548	48 761	21 417	27 467
1897	106 655	4 821	52 033	22 658	27 143
1898	107 985	4 737	52 169	23 551	27 528
1899	108 695	4 587	54 805	22 694	26 609
1900	107 614	4 265	54 312	20 710	28 337
1901	107 401	4 781	54 232	21 240	27 148
1902	107 130	4 548	54 395	21 452	26 735

Leider war es nicht möglich, die grosse Lücke in der bayrischen Statistik auszufüllen, da das dazu erforderliche Material nicht vorhanden ist. Immerhin liegen hier die Verhältnisse noch weit günstiger als bei Baden, wo wir aus dem Anfange des vorigen Jahrhunderts überhaupt keine Rekrutierungsstatistik aufzuweisen haben.

Zeitig Untaugliche sind in dieser Statistik nicht aufgeführt, wenigstens nicht bis 1857, dagegen haben wir die sehr wertvolle Unterscheidung der dauernd Untauglichen in Untermässige und Gebrechliche. Anscheinend stellte man in Bayern damals überhaupt nicht auf Zeit zurück, sondern schrieb die nicht vollentwickelten den dauernd Untauglichen zu, sodass wir gewissermassen eine Korrespondenz zwischen den Untermässigen in Statistik 1 und den zeitig Untauglichen in Statistik 2 annehmen können. Wenn wir zunächst die erste Tabelle ansehen, so finden wir, dass die Gesamtzahl der dauernd Untauglichen mit grossen Schwankungen etwas gestiegen ist; und zwar betrug sie im Jahre 1852: 23,5 %, 1857: 28,3 %. Die Zahl der Untermässigen ist im Ganzen gestiegen, besonders rapide von 1853 an, sie betrug 1822: 1,3 %, 1852: 1,5 %, 1853: 4,4 % und 1857: 5 %.

Merkwürdig bleibt der Sprung von 1852 auf 1853, zumal die Vorschriften für die Rekrutenuntersuchung nicht verändert wurden, andererseits auch wohl kaum angenommen werden kann, dass die Massverhältnisse bei einer Bevölkerung während eines Jahres so wechseln sollten. Trotzdem ist die Zahl der Untermässigen sehr niedrig, was aber mit dem geringen Minimalmasse von 1556 mm. zusammenhängt. Der Sprung bei 1853 kann also nur aus der veränderten Handhabung der Vorschriften erklärt werden. Während bis 1852 die Untersuchung der Rekruten nur in Händen eines Rekrutierungsrates lag, wurde sie vom nächsten Jahre ab von einer polizeilichen Kommission vorgenommen [1]).

[1]) Vergl. Bischoff a. a. O.

Die Zahl der Gebrechlichen ist ziemlich konstant geblieben. Sie betrug 1822: 22%, 1833 25% und 1857 wieder nur 23%. Wir dürfen daher auf einen ziemlich guten Gesundheitszustand in Bayern schliessen und sehen ferner, dass die Kriegsjahre bis 1815 keinen ungünstigen Einfluss auf das Rekrutenmaterial bis 1837 ausgeübt haben. Wenden wir uns nun der Tabelle 2 zu, so sehen wir, dass sich die Verhältnisse in Bayern sehr geändert haben. Die Zahl der dauernd Untauglichen hat konstant abgenommen; während sie im Jahre 1883 noch rund 14% betrug, war sie bis 1902 auf 4,15% gesunken. Dagegen ist die Zahl der zeitig Untauglichen in dauernder Zunahme begriffen; sie betrug 1883: 36,3%, 1902 rund 50%.

Wir sehen also, dass jetzt in Bayern die Verhältnisse fast die gleichen sind, wie wir sie in Baden angetroffen haben; auch hier entwickelt sich jetzt die Jugend langsamer als früher, während die absolute Dienstuntauglichkeit wesentlich abnimmt. Somit können wir das Resultat besonders in Bayern, wo wir fast das ganze neunzehnte Jahrhundert überblicken, nur ein günstiges nennen, denn es ist nicht anzunehmen, dass das Verhältnis zwischen dauernd und zeitig Untauglichen von 1857 bis 1883 ein wesentlich anderes gewesen sein sollte, als vorher und nachher, uud wenn wir auch wirklich in diesem Zeitraum ein ungünstigeres Resultat anträfen, wäre trotzdem ein Fortschritt nicht abzuleugnen. —

C. Königreich Hannover.

No. 1.

Jahr	Wehrpflichtige	dauernd Untaugliche	zeitig Untaugliche
1.	2.	3.	4.
1821	15 323	3 177	2 702
1822	15 383	3 334	3 204
1823	17 025	3 345	3 234
1824	15 960	3 238	2 972
1825	15 857	3 175	3 247
1826	15 492	3 264	3 032
1827	13 470	3 004	2 644
1828	15 695	3 635	3 133
1829	16 068	3 589	2 825
1830	14 454	3 453	2 358
1831	15 293	3 650	2 689
1832	16 733	3 718	3 033
1833	15 841	3 734	2 680
1834	15 507	3 751	2 927
1835	15 653	3 945	2 567
1836	17 005	4 015	2 992
1837	16 673	3 824	2 950
1838	16 251	4 233	2 353
1839	16 726	4 277	2 287
1840	17 868	4 576	2 405

Königreich Hannover.

No. 2.

Jahr	männlich Geborene	Jahr	Wehrpflichtige	dauernd Untaugliche	zeitig Untaugliche	bedingt Taugliche
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1820	25 073	1841	17 537	4 592	2 348	1 388
1821	26 290	1842	18 729	5 060	2 333	1 463
1822	26 846	1843	18 550	5 195	2 339	1 260
1823	27 208	1844	19 050	5 267	2 423	1 421
1824	26 832	1845	18 600	5 796	2 109	1 499
1825	27 520	1846	18 995	5 943	2 066	1 505
1826	28 141	1847	19 076	6 382	2 117	1 634
1827	26 458	1848	17 730	5 941	2 079	1 622
1828	26 454	1849	17 718	6 330	2 300	1 311
1829	26 079	1850	17 344	6 269	2 274	1 223
1830	26 300	1851	17 281	6 204	2 137	1 356
1831	24 985	1852	16 269	5 714	2 033	1 348
1832	24 629	1853	15 926	5 901	1 964	1 389
1833	27 896	1854	17 828	6 368	2 287	1 581
1834	28 616	1855	18 268	7 267	2 520	399
1835	28 286	1856	18 042	6 925	2 664	531
1836	27 893	1857	17 865	7 017	2 217	553
1837	27 320	1858	17 247	7 164	1 884	456
1838	29 007	1859	18 531	7 520	2 203	442
1839	28 152	1860	17 923	6 860	2 299	553
1840	27 755	1861	17 884	6 670	2 179	570
1841	26 632	1862	17 724	6 955	2 234	670
1842	27 169	1863	18 413	7 908	2 179	618
1843	26 399	1864	18 443	7 447	2 304	590
1844	25 822	1865	17 685	7 619	2 108	427

Die vorstehende Statistik ist mit ganz besonderer Vorsicht zu behandeln, da die ärztliche Rekrutenuntersuchung in Hannover denkbar unvollkommen war. Wie aus den Akten des hannoverschen Kriegsministeriums hervorgeht, wurden solche Mannschaften, welche sich für gesund erklärten, überhaupt nicht untersucht; bei den übrigen fand nur eine Untersuchung auf die Körperfehler statt, die sie selbst vor der Kommission anmeldeten. Erst im Jahre 1855 trat hier ein kleiner Umschwung ein, indem nun die Untersuchungen etwas genauer ausgeführt wurden.

Die Zahl der zeitig Untauglichen hat bedeutende Schwankungen aufzuweisen, ist aber im Ganzen etwas gesunken. Sie betrug im Jahre 1821: 17,5 %, 1865: rund 12 %.

Die Zahl der dauern Untauglichen hat zugenommen, und besonders auffällig ist das Jahr 1854 infolge der vorhin erwähnten Instruktionsänderung.

Die Zahl der dauernd Untauglichen betrug 1821: rund 20 %, 1854: 36,3 %, 1855: 40 %, 1865: 43 %. Bei den obwaltenden Verhältnissen ist das vorliegende statistische Material für Hannover nicht ausreichend und vor allem nicht zuverlässig genug, um aus ihm Schlüsse auf die physische Entwicklung der Einwohner ziehen zu können. Wenn wir uns eng an das gegebene Zahlenmaterial halten, so scheint eine Verschlechterung des Rekrutenmaterials nicht eingetreten zu sein.

Vergleichen wir die Zahl der Geborenen mit derjenigen der im entsprechenden Jahre Wehrpflichtigen, so sehen wir, dass $^2/_3$ der hannöverschen jungen Männer das wehrpflichtige Alter erreichten. Grosse Verluste an Wehrpflichtigen erlitt Hannover durch die vielen Auswandernden. Wir finden hier eine Auswanderungs-Statistik für die Jahre 1852 bis 1865, die nur Wehrpflichtige umfasst, eine Statistik, wie sie leider nie wieder von einem der

Bundesstaaten aufgestellt wurde. Nach dieser Zusammenstellung betrug die Auswanderung:

1852: 1152
1853: 1171
1854: 1531
1855: 1717
1856: 1331
1857: 1753
1858: 1714
1859: 1914
1860: 1759
1861: 1680
1862: 1647
1863: 1632
1864: 1543
1865: 1647

Mithin gingen 22191 wehrpflichtige Männer binnen 14 Jahren diesem kleinen Königreiche durch Auswanderung verloren.

Ähnliche Berechnungen für Preussen oder Deutschland im allgemeinen lassen sich aus den veröffentlichten Auswanderungsstatistiken leider nicht aufstellen.

Auf eine private Anfrage beim Kgl. Preussischen Statistischen Landesamt wurde mir mitgeteilt, dass Erhebungen in dieser Hinsicht noch nicht vorgenommen worden seien.

D. Königreich Preussen.

No. 1.

Jahr	Wehrpflichtige	dauernd Untaugliche	zeitig Untaugliche	Taugliche	Bemerkungen
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1831	333 413	29 638	155 781	87 408	Differenz zwischen Spalte 2 und 3–5 wird durch abwesende, unwürdige, auch aus persönlichen Rücksichten zurückgestellte Wehrpflichtige gedeckt.
1837	430 795	25 361	237 548	102 041	
1840	473 912	29 651	274 842	95 137	
1843	497 875	31 567	279 947	102 915	
1846	439 051	27 902	235 731	87 078	
1849	409 287	26 606	209 284	85 799	
1852	410 839	26 009	214 464	76 734	
1853	422 682	25 355	228 632	73 301	
1854	441 236	22 228	245 886	74 867	
1855	460 943	20 867	263 348	62 665	
1856	476 891	21 067	278 652	59 276	
1857	490 972	22 102	290 068	58 339	
1858	497 472	20 313	296 837	57 956	
1859	538 360	23 317	292 657	79 926	
1860	536 784	19 901	300 086	73 493	
1861	565 802	17 724	300 052	74 962	
1862	597 355	18 126	311 883	74 321	

No. 2.

Königreich Preussen.

Jahr	männlich Geborene	Jahr	20 jährige Wehrpflichtige	dauernd Untaugliche	zeitig Untaugliche	bedingt Taugliche	Taugliche
1.	2.	3	4.	5.	6.	7.	8.
1869	492 570	1889	281 080	17 295	162 180	25 431	76 174
1870	501 725	1890	255 834	16 260	131 280	24 434	83 860
1871	444 108	1891	216 350	13 674	111 637	21 822	69 217
1872	524 616	1892	264 306	16 391	136 587	26 385	84 943
1873	527 545	1893	269 553	16 275	120 297	24 622	108 359
1874	500 889	1894	266 516	16 843	114 793	23 309	109 571
1875	557 157	1895	274 631	18 392	116 979	24 810	114 450
1876	564 244	1896	278 013	19 348	123 360	25 581	109 724
1877	563 195	1897	278 729	19 866	122 141	25 686	111 036
1878	552 509	1898	273 001	19 125	124 089	24 514	105 273
1879	563 174	1899	277 020	19 050	127 360	23 728	106 882
1880	550 897	1900	267 663	17 408	123 346	20 446	106 463
1881	541 207	1901	269 549	18 290	131 124	20 825	99 310
1882	554 378	1902	271 337	18 410	132 386	19 984	100 560

Was zunächst den Zeitraum von 1831—1862 betrifft, so können wir eine erhebliche Steigerung der Zahl der zeitig Untauglichen beobachten. Sie betrug 1831: 46,66 % 1862: 53,33 %. Die Zahl der dauernd Untauglichen ist mit geringen Schwankungen herabgegangen. Sie betrug 1831: 9 %, 1862: 3 %.

Während dieser 31 Jahre lagen also in Preussen die Verhältnisse fast umgekehrt wie in Bayern, wo die dauernd Untauglichen in ständiger Zunahme begriffen waren.

In der zweiten preussischen Tabelle handelt es sich bei den Vorgestellten nur um die jüngste Altersklasse der 20jährigen; sie ist also am besten geeignet, uns ein sicheres Bild über die physische Entwicklung der gerade in das wehrpflichtige Alter gekommenen Mannschaft zu gewähren.

Die Zahl der zeitig Untauglichen ist während des Zeitraumes von 1889—1902 gesunken und zwar von 57 auf 50 %. Dagegen ist die der dauernd Untauglichen fast konstant geblieben. Sie betrug 1889: 6,15 %, 1902: 6,80 %.

Wenn wir die Anzahl der Geburten von 1869 bis 1882 ins Auge fassen, so ergibt sich, dass ungefähr die Hälfte der geborenen Knaben zur Vorstellung kommt.

Wieviel von der anderen Hälfte durch Tod oder Auswanderung abgehen, lässt sich wie schon früher bemerkt leider nicht berechnen.

Wenn wir nun das preussische Rekrutierungsgeschäft als eines der am besten geleiteten ansehen können, so müssen wir aus seinem Resultate mit Kruse[1]) erkennen, dass eine Besserung der Kriegstüchtigkeit eingetreten ist, eine Degeneration aber aus dem vorliegenden Material bei dem besten Willen nicht konstatiert werden kann.

---

[1]) Kruse, Degeneration und Wehrfähigkeit. Im Zentralblatt für öffentliche Gesundheitspflege. 1898

E. Königreich Sachsen.

No. 1

Jahr	vorgestellte Militärpflichtige	Taugliche	minder Taugliche	Untaugliche wegen Untermass	Untaugliche wegen Gebrechen	Summa der Spalten 5 u. 6
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1826	9 427	3 260				6 167
1827	12 292	4 146				8 146
1828	13 452	3 679				9 773
1829	12 102	3 218				8 884
1830	12 294	3 318				3 976
1831						
1832	13 195	6 789	654	1 072	4 680	5 752
1833	11 855	6 169	562	970	4 154	5 124
1834	11 194	4 460	962	2 221	3 551	5 772
1835	15 709	5 667	1 711	3 285	5 046	8 331
1836	15 232	5 371	1 601	3 035	5 220	8 255
1837	14 155	4 793	1 555	2 820	4 987	7 807
1838	14 584	4 724	1 451	3 013	5 396	8 409
1839	16 228	4 845	1 432	3 713	6 238	9 951
1840	16 676	4 604	1 132	3 968	6 912	10 880
1841	16 459	4 333	1 197	3 914	7 012	10 926
1842	15 856	4 405	1 616	3 638	6 197	9 835
1843	16 516	4 645	1 753	4 147	5 971	10 118
1844	16 978	4 038	2 469	3 761	6 650	10 411
1845	17 932	4 395	2 447	4 000	7 090	11 090
1846	16 777	4 193	1 920	3 927	6 737	10 664
1847	16 347	3 860	1 951	3 912	6 624	10 536
1848	16 086	4 476	2 418	2 663	6 529	9 192
1849	15 675	4 656	2 306	2 458	6 255	8 713
1850	16 223	4 396	2 020	2 250	7 597	9 847
1851	16 581	4 124	1 972	2 582	7 903	10 485
1852	18 316	4 447	1 752	2 621	9 496	12 117
1853	16 990	3 932	1 415	2 536	9 107	11 643
1854	17 112	4 278	1 326	2 562	8 946	11 508

Königreich Sachsen.

No. 2. (Zusammengestellt auf Grund der Akten des Kgl. Sächsischen Kriegsministeriums).

Jahr	männlich Geborene	Jahr	vorgestellte Militärpflichtige	dauernd Untaugliche	zeitig Untaugliche	bedingt Taugliche	Taugliche
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
1808	[1]	1828	[2] 12 292	8 070			4 146
1818		1838	16 228	9 951		1 432	4 845
1828	30 326	1848	15 675	8 713		2 306	4 656
1838	33 996	1858	17 993	11 831	969	598	4 595
1848	37 330	1868	21 140	9 586	2 468	1 039	8 047
1858	46 331	1878	25 573	7 886	2 747	4 981	9 969
1868	53 010	1888	32 797	4 787	8 936	5 241	13 833
1878	65 999	1898	39 770	10 218	10 295	1 882	17 375

[1]) Die Geborenen von 1800 bis 1818 sind laut Mitteilung des Kgl. Sächs. stat. Landesamtes Dresden amtlich nicht festgestellt.

[2]) Die Differenz der Spalten 4 und 5 bis 7 wird durch Ausländer und Unwürdige etc. gedeckt.

Königreich Sachsen.

No. 3.

Jahr	vorgestellte Militär-pflichtige	dauernd Untaugliche	zeitig Untaugliche	bedingt Taugliche	Taugliche
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1866	22 319	13 119	1 109		8 091
1867	20 661	11 274	1 423		7 964
1868	21 081	9 348	2 245	986	8 397
1888	59 542	4 969	28 099	11 937	14 420
1889	62 139	2 507	28 621	16 995	13 899
1890	63 163	2 299	31 299	15 313	14 161
1891	61 483	2 031	30 421	15 513	13 426
1892	61 818	2 303	30 148	15 745	13 542
1893	65 991	2 471	31 230	13 284	18 920
1894	67 417	2 280	31 212	14 941	18 876
1895	68 719	2 385	33 416	14 068	18 758
1896	72 294	2 458	35 397	15 067	19 280
1897	76 571	2 921	39 549	15 558	18 443
1898	79 047	3 078	41 183	17 507	17 279
1899	79 774	2 735	41 071	17 661	18 307
1900	78 644	2 844	40 605	16 877	18 318
1901	73 969	2 512	37 787	14 715	18 952
1902	72 298	2 777	36 877	14 508	18 136
1903	74 797	2 812	42 797	13 202	14 986

Die erste sächsische Tabelle ist leider wieder nur sehr schlecht zu verwenden, da in Sachsen zu der damaligen Zeit die Instruktionen über das Rekrutierungsgeschäft häufig geändert wurden. So erfuhr z. B. das Mininimalmass eine Herabsetzung von 1580 auf 1557 mm wurde aber später wieder erhöht. Auch war zeitweilig eine Stellvertretung beim Heeresdienste zugelassen, die mit Unterbrechungen aber wieder verboten wurde. Die Zahlen der Tabelle 1 sind also keineswegs zuverlässig. Sie zeigen uns Sachsen in bedenklichem physischen Zustände, der schon damals allenthalben Besorgnis erregte[1]) Die Zahl der dauernd Untauglichen ist mit einigen Schwankungen gleich geblieben und betrug 1826: 66,66 und 1854: 66,66 %. Die Zahl der Untermässigen betrug 1826: 7,5, 1843: 25, 1854: 15,14 %. Solche Schwankungen können nur auf der verschiedenen Handhabung der Musterungsvorschriften beruhen und besagen somit für unsere Zwecke garnichts. In erschreckender Weise haben die Gebrechlichen zugenommen. Ihre Zahl belief sich 1832 auf 35,70 % 1854 rund 50 %. Diese Zahlen sind jedoch, wie schon gesagt, mehr als vorsichtig aufzunehmen.

Die Tabelle 2 soll keiner näheren Besprechung unterzogen werden, da die meisten ihrer Zahlen in Tabelle 1 und 3 enthalten sind, im Übrigen aber mit keiner veröffentlichten Statistik übereinstimmen. Sie ist lediglich darum mit aufgeführt, weil sie direkt aus den Akten des Kgl. Sächsischen Kriegsministeriums zusammengestellt worden ist.

Wenn wir nun Tabelle 3 betrachten, so finden wir analoge Verhältnisse wie zu derselben Zeit in Baden und Bayern. Auch in Sachsen ist die Zahl der dauernd Untauglichen im Rückgange begriffen. Sie betrug 1866: 57,14, 1888: 8,33, 1903: 3,75 %. Die zeitig Untauglichen weisen dagegen wie dort eine bedeutende Zunahme auf: 1866: 5 %, 1888: 47,33 %, 1903: 57,14 %.

---

[1]) Vergl. Engel in der Zeitschrift des Kgl. Sächs. Statistischen Bureaus, Jahrgang 1856.

F. Königreich Württemberg.

No. 1.

Jahr	männlich Geborene	Jahr	*) Dienstpflichtige	ärztlich Untersuchte	Untaugliche wegen Untermasses	Untaugliche wegen Gebrechen	Untaugliche Summa der Spalten 6 u. 7	Taugliche
1.	2.	3	4.	5.	6.	7.	8.	9.
1813	26 116	1834	12 148	7 329	1 240	2 800	4 040	3 289
1814	26 691	1835	12 796	7 525	1 336	2 916	4 252	3 273
1815	28 166	1836	14 531	7 941	1 483	3 164	4 647	3 294
1816	28 152	1837	3 867	8 488	1 595	3 666	5 261	3 227
1817	24 588	1838	11 470	7 773	1 203	3 370	4 573	3 200
1818	22 064	1839	12 534	7 672	1 229	3 152	4 381	3 291
1819	29 815	1840	16 095	9 047	1 685	4 119	5 804	3 243
1820	29 324	1841	15 489	7 963	1 491	3 224	4 715	3 248
1821	30 070	1842	15 927	9 354	1 673	3 939	5 612	3 742
1822	29 815	1843	14 544	9 445	1 729	3 990	5 719	3 726
1823	29 853	1844	15 437	8 392	698	3 025	3 723	4 669
1824	29 466	1845	14 908	9 292	648	4 032	4 680	4 612
1825	29 728	1846	14 726	8 563	628	3 623	4 251	4 312
1826	29 357	1847	15 404	9 522	721	4 830	5 551	3 971
1827	30 218	1848	15 385	8 359	697	3 142	4 839	3 520
1828	29 782	1849	14 944	6 355	470	2 127	2 597	3 758
1829	29 516	1850	14 833	13 957	883	4 401	5 284	8 673
1830	30 934	1851	14 776	13 921	806	5 028	5 834	8 087
1831	31 702	1852	14 935	13 707	722	5 654	6 376	7 331
1832	31 758	1853	14 315	13 299	619	5 136	5 755	7 544
1833	32 602	1854	14 121	12 988	726	5 586	6 307	6 681
1834	39 549	1855	13 379	12 390	576	5 375	5 951	6 439
1835	35 155	1856	14 725	13 702	891	5 922	6 813	6 889
1836	35 384	1857	14 345	13 363	851	5 647	6 498	6 865

*) Wehrpflichtiges Alter: 21 Jahre.

Königreich Württemberg.

No. 2.

Jahr	männlich Geborene	Jahr	[1]) vorgestellte Dienstpflichtige	dauernd Untaugliche	bedingt Taugliche	Taugliche	Bemerkungen
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
1858	35 382	1878	[2]) 15 624	4 271	5 076	6 234	[1]) Wehrpflichtiges Alter: 20 Jhre.
1859	35 600	1879	14 753	4 430	4 046	6 220	
1860	34 708	1880	15 400	4 186	4 610	6 558	[2]) Die Differenz zwischen Spalte 4 u. der Sa. der Spalten 5—7 wird durch die zum Militärdienst Unwürdigen etc. gedeckt.
1861	34 841	1881	14 944	4 030	4 204	6 654	
1862	35 363	1882	14 385	3 097	4 479	6 752	
1863	36 815	1883	14 558	3 264	4 661	6 584	
1864	38 266	1884	15 088	3 423	4 839	6 783	
1865	38 059	1885	14 423	2 765	4 844	6 754	
1866	39 316	1886	15 840	3 375	5 373	7 052	
1867	38 969	1887	16 088	3 255	5 589	7 195	
1868	39 104	1888	15 563	2 315	6 013	7 194	
1869	40 533	1889	17 015	1 626	8 038	7 302	
1870	41 417	1890	16 641	1 818	6 885	7 887	
1871	39 827	1891	15 957	1 430	7 042	7 449	
1872	40 938	1892	16 927	1 752	7 535	7 598	
1873	41 695	1893	18 982	1 782	7 107	10 056	
1874	41 787	1894	18 455	1 834	6 383	10 210	
1875	43 364	1895	18 101	1 903	6 178	9 979	
1876	43 999	1896	18 232	2 083	6 185	9 928	
1877	42 884	1897	18 045	2 084	6 128	9 806	
1878	41 318	1898	19 222	1 963	7 226	9 994	
1879	41 261	1899	19 463	2 426	7 117	9 890	
1880	39 962	1900	18 952	2 112	6 445	10 357	
1881	39 396	1901	19 168	2 123	7 075	9 931	
1882	38 882	1902	18 596	2 330	6 507	9 724	
1883	36 916	1903	21 009	2 271	7 917	10 790	

Wenn wir zunächst wieder die Tabelle 1 ins Auge fassen, so zeigt es sich, dass der Gesundheitszustand der Wehrpflichtigen in Württemberg sich während der Zeit von 1834 bis 1857 zwar nicht verschlechtert, aber auch nicht wesentlich gebessert hat. Im Jahre 1834 machten die dauernd Untauglichen 55,5, 1857: 58,5 % aus. Einen erheblichen Rückgang scheint die Zahl der Untermässigen aufzuweisen, die 1834: 16,66 % 1843: 18,16 % und 1857: nur 6% betrug. Dieser Fortschritt ist aber nur ein scheinbarer, der lediglich auf äussere Verhältnisse zurückzuführen ist. Während nämlich bis zum Jahre 1844 das Messen der Rekruten nur unter Aufsicht eines Offiziers stattfand, wurde es von da ab vor einer Kommission öffentlich vorgenommen. Das Minimalmass blieb unverändert 1669 mm., und trotzdem nimmt nach der Statistik die Untermässigkeit von 1844 an rapide ab. Diese Erscheinung erklärte man damit, dass die Offiziere oft weitgehende Rücksichten nahmen, um Leute zu befreien, andrerseits nach subjektivem Empfinden nur grosse und stattliche Mannschaften in die Armee bringen wollten. Die hiermit verbunden gewesenen Ungerechtigkeiten mögen wohl auch die Ursache gebildet haben, dass man die Messungen durch eine Kommission beaufsichtigen liess. Man sieht hier wieder einmal, wie sehr der Wert unserer Tabellen von der Handhabung der Musterungsvorschriften abhängt, und wie wenig die nackten Zahlen, ohne eine nähere Kenntnis der begleitenden Umstände, zu sagen vermögen.

Die Zahl der Gebrechlichen weist eine kleine Zunahme auf. Sie betrug 1834: 39%, 1857: 41,66%.

Bei Tabelle 2 fehlen Angaben die Zahl der zeitig Untauglichen betreffend, und wir sind daher gezwungen, statt ihrer diejenige der bedingt oder minder Tauglichen, einer ganz ähnlichen Kategorie, in den Kreis unserer Betrachtung zu ziehen. Wir stossen hier auf dieselben Verhältnisse, wie wir sie schon bei Baden, Bayern und Sachsen in dem entsprechenden Zeitraume angetroffen haben. Auch in Württemberg ist die absolute Militäruntauglich-

keit in den letzten 30 Jahren zurückgegangen, während die relative ständig zunimmt, obwohl im Jahre 1893 das Minimalmass von 1570 auf 1540 mm. herabgesetzt wurde.

Die Zahl der dauernd Untauglichen betrug 1878 noch 26,66% 1903 dagegen nur 11%, die der bedingt Tauglichen 1878: 33,33%, 1903: 37,5%.

Zu welchen Schlüssen und Vorschlägen die eben unmittelbar aus den Statistiken gewonnenen Resultate notwendig führen müssen, soll in dem nächsten Abschnitte näher auseinandergesetzt werden.

III.

Hat die deutsche Wehrfähigkeit während des letzten Jahrhunderts abgenommen?

Zu Eingang unserer Darstellung haben wir gesehen, dass sich die Autoren, welche die Frage der Wehrfähigkeit zum Gegenstande ihrer Untersuchungen machen, in zwei Lagern verschanzen. Die einen, die Anhänger des Industriestaates, sagen, die Wehrfähigkeit der industriellen Bevölkerung sei grösser als die der ländlichen, und folgern demgemäss, dass, da die Industriealisierung Deutschlands immermehr fortschreite, auch die Wehrfähigkeit zunehme; die anderen aber, die Anhänger des Agrarstaates, behaupten das gerade Gegenteil und meinen, mit der abnehmenden Landbevölkerung nehme auch die Wehrfähigkeit ab, denn das Land sei der Jungbrunnen für das deutsche Volk[1]).

Wohl selten stehen sich die Ansichten über eine Sache so scharf gegenüber, wie hier.

Ausserhalb dieser beiden im Streite liegenden Parteien gibt es noch eine dritte Kategorie von Autoren, die schlechthin Abnahme der Wehrfähigkeit als ausgemacht ansehen und allerlei Ratschläge erteilen, um das Vaterland von der drohenden Gefahr der Degeneration und der damit verbundenen Wehrlosigkeit zu befreien.

---

[1]) Vergl. Idel, „die Wehrkraft der städtischen und ländlichen Bevölkerung", in den Grenzboten vom 15. 1. 1891. Unter grösseren Gesichtspunkten hat G. Hansen in seinen „Drei Bevölkerungsstufen" (1889) das Problem behandelt.

Aber noch niemand ist an das gegebene Zahlenmaterial energisch herangetreten, um durch eine Prüfung der Verhältnisse zu Anfang und zu Ende des vorigen Jahrhunderts Licht in die durch Parteikämpfe arg verdunkelte Frage zu bringen.

In welchem Sinne dies eingehend zu erfolgen hätte, soll hier zunächst nur angeführt werden.

Wie schon früher erwähnt, stützen sich alle bisher gefällten Urteile auf im strengen Sinne unzureichendes statistisches Material, das ausserdem höchstens ein bis zwei Jahrzehnte umfasste. — Man mus womöglich das ganze 19. Jahrhundert untersuchen.

Der Einwand, der gegen so weit zurückreichende Statistiken erhoben werden könnte, — sie seien der veränderten Instruktionen u. s. w. wegen nicht verwendbar —, muss zurückgewiesen werden.

Wohl haben sich die Instruktionen in Einzelheiten geändert. Aber die grossen grundlegenden Bestimmungen sind doch geblieben. Und gerade durch die Ausdehnung der Untersuchung auf die Zeit von 1800—1900 ergibt sich der Vorteil, dass die sekundären Einflüsse von Anordnungen in den Instruktionen und in dem Verfahren bei der Aushebung gegenüber den grossen Gesamtzahlen des ganzen Jahrhunderts zurücktreten.

Man kann doch wohl zusammenfassend bei einem Rückblick auf das 19. Jahrhundert und unter Berücksichtigung der aus ihm herausgebildeten einzelnen Entwicklungsstufen sagen:

Von einem Mangel an Militärtauglichen kann noch keine Rede sein, denn alljährlich wird noch eine grosse Zahl brauchbarer Rekruten als überzählig zurückgestellt. Diese Tatsache ist häufig ausser acht gelassen worden, früher sowohl, wie jetzt.

So malte schon 1860 Helwing[1]) Deutschlands militärische Zukunft schwarz in schwarz. Er stützt seine

[1]) Helwing, über die Abnahme der Kriegstüchtigkeit. Berlin 1860.

Behauptung, die Kriegstüchtigkeit nehme ab, auf die Aushebungsresultate einzelner Kreise der Provinz Brandenburg und weist vor allen Dingen daraufhin, wieviel mehr brauchbare Rekruten das Land stelle als die Stadt. Die Hauptursache für diese Erscheinung sucht er in den traurigen Wohnungsverhältnissen, denen man beispielsweise in Berlin begegnen kann. Die Schuld hieran tragen die stets steigenden Mietspreise, die die ärmeren Familien zwingen, sich oft auf völlig unzureichende Räume einzuschränken.

Je grösser aber der Prozentsatz ist, den eine Familie vom Einkommen auf Wohnungsmiete verwenden muss, um so mehr müssen andere Bedürfnisse, wie gute Nahrung und Kleidung, zurücktreten; desto früher müssen Kinder beim Erwerb mit tätig sein und werden so in der Entwickelung gehindert.

So sagt schon Villermé, ein französischer Arzt und Statistiker: „Der Mensch wird um so grösser, und sein Wachstum erreicht um so schneller seine Vollendung, je reicher unter übrigens gleichen Umständen das Land, je allgemeiner der Wohlstand ist, je besser die Wohnung, besonders aber die Nahrung, und je geringer die Not, die Anstrengungen und Entbehrungen sind, die man in der Kindheit und in der Jugend erfährt.

Der Zusammenhang zwischen Wohnungsverhältnissen und physischem Wohlstande ist nicht zu bestreiten, jedoch scheint es hier, als arbeiteten neuerdings die Städte selbst dem Wohnungsübel entgegen. Wir können nämlich zwei entgegengesetzte Funktionen der so viel geschmähten Grundrente beobachten. Während sie einerseits die Boden- und Mietspreise beständig hinaufschraubt, und zwar um so höher, je näher die Grundstücke dem Hauptverkehrszentrum der Stadt gelegen sind, bewirkt sie andererseits eine förmliche Flucht der Stadtbewohner nach den Peripherien. Es ist eine feststehende Tatsache, dass das meist enge und düstere Innere der Stadt sich immermehr entvölkert und die Häuser dort hauptsächlich noch als Ge-

schäfts-, Fabrik-, Lager- nnd Kontorräume dienen. Die Bewohner aber ziehen sich immer mehr zurück nach den Vorstädten, wo die Mieten noch niedriger, die Strassen breiter und luftiger sind.

Diese Dezentralisation ist in jeder Beziehung nur mit Freuden zu begrüssen, da sie neben vielen anderen Vorteilen den Einzelnen veranlasst, bis zu seiner Arbeitsstätte einen gewissen Weg zurückzulegen und sich in freier Luft zu bewegen. Es sollten daher die Verwaltungen der Grossstädte vor allem darauf bedacht sein, die Dezentralisation möglichst zu fördern durch den Ausbau der Verkehrsmittel und Eingemeindungen umliegender Ortschaften. Die Dezentralisierung der Städte gleicht zwar nicht den Gegensatz zwischen Stadt und Land aus, mildert ihn aber. Eine allgemeine Rückkehr zur Landwirtschaft ist als Utopie zu betrachten. Abgesehen davon, dass sich die Mehrzahl der Städter garnicht für das Leben und die Arbeit auf dem Lande eignen würde, reichte dieses überhaupt nicht mehr aus[1]), der ganzen Bevölkerung Unterhalt zu gewähren.

Aus diesen Gründen wäre es vollständig verfehlt, über die Städte und Industriezentren den Stab zu brechen und das Interesse lediglich dem platten Lande zuzuwenden; vielmehr gilt es hier, die Gegensätze auszugleichen und nicht das eine auf Kosten des anderen zu bevorzugen.

Wollten wir nur auf die Erhaltung einer starken Landbevölkerung bedacht sein, weil diese stets neue Kräfte den Städten und der Industrie zuführt, die physischen Verhältnisse der letzteren dagegen vernachlässigen, so hiesse das, eine gute Heilquelle in ein bodenloses Fass laufen lassen, ein Verfahren, durch welches das Fass nie gefüllt, die Quelle aber nach einer gewissen Zeit erschöpft würde. Die naturgemäss nur gutgemeinten Vorschläge der Agrarstaatler sind häufig sehr einseitige, und würden,

---

[1]) Vergl Alfred Wolf, die wahren Interessen der Landwirtschaft Schüttorf 1903.

wenn blindlings befolgt, gerade das Gegenteil von dem Beabsichtigten bewirken.

Einer von den vielen hierher gehörigen Vorschläge besteht in der Forderung, die Industrie zu dezentralisieren, d. h. Fabriken und Werkstätten aus der Stadt auf das Land zu verlegen, damit die Arbeiter und andere beteiligte Personen nach der schweren oft gesundheitsschädlichen Fabrikarbeit die wohltuende Heilkraft des Landlebens mitgeniessen könnten. Der Gedanke an und für sich ist ideal.

Denken wir uns eine Fabrik in schöner, waldreicher Gegend gelegen. Einzeln zerstreut stehen die Arbeiterhäuser in Feldern oder im Walde; überall weht die frische, sauerstoffreiche Landluft, die Lungen und Nerven erquickt und stärkt. Dieser Zustand wäre wirklich ideal, ist aber leider durch und durch utopisch. Zunächst liegt es garnicht in der freien Verfügung eines Unternehmers, seine Fabrik an einem beliebigen Punkte zu errichten, zu mannigfach sind die Ketten, durch die ihm die Hände gebunden sind. Erstlich muss er bedacht darauf nehmen, dass seine Fabrik in der Nähe des Produktionsortes der zu verarbeitenden Rohstoffe, zum mindesten aber an einer Verkehrslinie gelegen ist, die die Heranschaffung derselben schnell und regelmässig ermöglicht. Das Gleiche gilt für die Verwertung der Fertigfabrikate. Ein weiteres Erfordernis ist die Nähe von Kohlen, deren Transport auf weite Strecken die Fabrikationskosten unnötig erhöhen würde. Ferner muss er darauf sehen, ob in der Gegend genügende Arbeitskräfte vorhanden sind, oder, wenn hingezogen, auch dort leben können.

Wenn wirklich ein grosses industrielles Unternehmen ganz isoliert auf dem Lande begründet würde, müssten die Verteidiger der Dezentralisation jetzt noch einmal denselben Entwicklungsprozess miterleben, den unsere sämtlichen Industriezentren durchgemacht haben.

Eine treffliche Illustration hierzu bietet die Geschichte der Königshütte in Oberschlesien[1]). Auch dieses Werk selbst war zuerst ganz abgelegen, durch die Zunahme der Arbeiter aber mehrten sich die Häuser rund um dasselbe herum. Zum Leben war es nötig, dass sich auch Handwerker und Kaufleute dort ansiedelten; bald baute man eine Kirche, zwei Gasthäuser waren schon vorhergegangen. Für die Kinder musste eine Schule eingerichtet werden, kurz, es bildete sich ein Ort, der nach knapp siebzig Jahren zur Stadt erhoben wurde. Anders würde sich die Geschichte eines isolierten Grossunternehmens auch heute nicht gestalten.

Wir sehen also, dass Industrie und Dezentralisation zwei Begriffe sind, die sich absolut nicht vereinigen lassen, dass aber auch, abgesehen von allen Schwierigkeiten, die Landwirtschaft am meisten geschädigt würde durch immer grösserere Terrain- und Arbeiterverluste. Daher müssen wir mit den gegebenen Faktoren rechnen und verbessern, wo es geht. Im Übrigen haben wir es auch durchaus noch garnicht nötig, solch durchgreifende Änderungen einzuführen, denn die Rekrutierungsstatistik zeigt klar und deutlich, dass wir noch keine Befürchtungen für die zukünftige Wehrlosigkeit zu hegen brauchen.

Wir haben nur gesehen, dass in Süddeutschland und in Sachsen die körperliche Entwicklung jetzt etwas langsamer vor sich geht als früher, dass ferner in Preussen eine verschwindend kleine Zunahme in der dauernden Untauglichkeit (:1889 rund 6,15 %, 1902: 6,80 %) zu konstatieren ist. Wenn überhaupt nötig ist, hier Massnahmen zu ergreifen, möchte ich, was Süddeutschland und Sachsen anbetrifft, eine Heraufsetzung des wehrpflichtigen Alters von 20 auf 21 Jahre für angezeigt halten.

Im allgemeinen, besonders aber in Preussen, sollen die hygienischen Einrichtungen möglichst ausgestaltet und

[1]) Junghann, Geschichte der Königshütte von 1801—1901. Berlin 1902.

vermehrt werden, damit die Unbrauchbarkeit für den Heeresdienst nicht weiter um sich greife[1]).

Wenn wir das Vermächtnis Moltke's lesen[2]), so kann es fast scheinen, als sei uns ein Untergang nahe bevorstehend, zumal „unser gewaltiger Gegner, Russland, noch ein jugendliches, ländliches, von der Industrie noch nicht entnervtes Volk sei." Nun, Russland dürfte sobald für uns nicht der Gegenstand besonderer Furcht sein, ausserdem hat es in dem letzten Kriege kein Beweismaterial für die Theorie der höheren ländlichen Kriegstüchtigkeit beigebracht.

So heilsam ein gewisser Pessimismus sein kann, so ist doch nicht zu vergessen, dass eine allzu schwarzseherische Beurteilung unserer Rekrutierungsverhältnisse wesentlich dazu beitragen kann, unser Ansehen im Auslande schwer zu schädigen und vorsichtige ängstliche Gemüter über Gebühr zu bedrücken. Ebenso falsch ist es natürlich, alles im rosenrotesten Lichte zu sehen und dadurch manche notwendige Massnahme zu unterlassen.

Wenn sich auch, wie im nächsten Kapitel gezeigt werden soll, vieles in unseren Bevölkerungsverhältnissen geändert, manches auch verschlechtert hat, so können wir doch noch immer mit Recht sagen, dass das deutsche Volk noch keineswegs degeneriert ist und wohl in der Lage sein wird, ein kräftiges, gesundes Heer zu unterhalten.

[1]) Auch in Oesterreich hat sich, wie mir auf eine Anfrage vom dortigen Kriegsministerium mitgeteilt wurde, eine Verschlechterung des Rekrutenmaterials nicht gezeigt. Darüber, ob sich ein Unterschied zwischen Stadt- und Landgeborenen in bezug auf Militärtauglichkeit bemerkbar gemacht hat, sind dortseitige Erhebungen nicht angestellt worden Eine ausführliche Statistik über das österreichische Assentierungsgeschäft findet sich bei Kruse (Degeneration und Wehrfähigkeit, im Zentralblatt für öffentliche Gesundheitspflege Jahrgang 1898,) ist hier aber wegen der zu häufig geänderten Musterungsvorschriften und Kontingentierungen nicht mit aufgenommen worden.

[2]) Ein Vermächtnis Moltke's Stärkung der sinkenden Wehrkraft, Berlin 1892.

IV.

Rekruten aus Industrie und Landwirtschaft.

Obwohl über dieses Thema bereits eine reichhaltige Literatur[1]) vorliegt, so ist das letzte Wort über dasselbe doch noch nicht gesprochen. Zwar ist von der Wissenschaft längst als erwiesen angenommen, dass das Land mehr zur Erhaltung der deutschen Wehrfähigkeit beiträgt, als die Städte, aber die Gründe, die als Beweise hierfür aufgeführt werden, sind noch nicht genügend sowohl was das Zahlenmaterial, also das quantitative Verhältnis zwischen Stadt und Land, betrifft, als auch hinsichtlich der Qualität des Ersatzes als stichhaltig erhärtet.

Insbesondere ist auch nach den Untersuchungen Serings noch nicht ganz klar, wie sich die eingestellten Rekruten, wenn man den Geburtsort heranzieht, quantitativ wie qualitativ charakterisieren lassen. Wirklich bindende Schlüsse könnten auf diesem Wege z. B. erst dann gezogen werden, wenn sich diese Untersuchung auf die Eltern der Rekruten erstreckte und zwar für das ganze Reichsgebiet. Solche Untersuchungen werden sich aber wahrscheinlich niemals durchführen lassen.

Auch sonst liegen die Dinge weit komplizierter, als gemeinhin angenommen wird, wenn wir alle sozialen Verhältnisse in Rechnung stellen.

---

[1]) siehe besonders die Artikel der Tagespresse.

So ist weithin die Ansicht verbreitet und statistisch nachgewiesen, dass die Städte quantitativ viel weniger Menschen hervorbringen als das Land und demnach die städtische Fruchtbarkeit im Rückgange begriffen ist. Man nimmt also physische Ursachen für die Minderung des städtischen Geburtenüberschusses an, obwohl sich solche aus der einfachen Natalitätsstatistik kaum eruieren lassen. Im Anschluss hieran behauptet man weiterhin, das ständige Wachstum der städtischen Bevölkerung sei nur der Abwanderung vom platten Lande und den Inkommunalisationen zuzuschreiben. Alles dies sind Fakta, die sich nicht bestreiten lassen, nur an ihrer Begründung ist vieles auszusetzen. Aus Erwägung der wirtschaftlichen Momente, die bei der Volksvermehrung überall mitsprechen, muss man sich sagen, dass sich in dieser Beziehung Stadt und Land überhaupt nicht ohne weiteres vergleichen lassen. Im übrigen trifft die Behauptung der Geburtenverminderung nur bei den gebildeteren Ständen zu, wovon man sich bei einer Wanderung durch die verschiedenen Viertel einer Grossstadt durch den blossen Augenschein leicht überzeugen kann.

Es sind aber der Hauptsache nach weniger physische als praktische Notwendigkeiten, die eine Einschränkung der Zeugung in den Städten diktieren. Vor allem ist bei den gebildeten Familien das Bestreben vorhanden, ihre Kinder so zu erziehen und auszubilden, dass sie später dem gleichen oder einem höheren Stande als dem der Eltern angehören[1]). „Die verfeinerte geistige Ausbildung aber", sagt Ammon[2]), „legt soziale Rücksichten auf: ganz abgesehen von der Frage, ob die Fruchtbarkeit in den Städten eine verminderte ist, kann als ausgemacht angesehen werden, dass nur eine beschränkte Kinderzahl standesgemäss erzogen werden kann, abgesehen von den

---

[1]) vergl. auch Malthus, Versuche über das Bevölkerungsgesetz Buch I. Kap. 2.

[2]) Ammon, die natürliche Auslese beim Menschen. Jena 1893.

Ausnahmefällen, in denen besonders günstige Privatverhältnisse vorhanden sind".

Abgesehen aber von der Ausbildung der Kinder, sind die Kosten für die Lebenshaltung und Wohnung in den Städten so viel höhere als auf dem Lande, dass sich das Aufziehen einer grossen Zahl von Kindern oft schon ganz von selbst verbietet. Anders liegen natürlich die Verhältnisse bei den niederen Bevölkerungsschichten, wo die hohe Kinderzahl zur Hebung des Wohlstandes beitragen soll, indem die Kinder oft schon im jugendlichen Alter mit zur Arbeit und zum Gelderwerb herangezogen werden.

Ferner gehört hierher der Umstand, dass in den Städten durch soziale Rücksichtnahmen häufig die natürliche Auslese gehemmt wird, was nach Schallmeyer[1]) hauptsächlich auf der Erschwerung der Eheschliessungsmöglichkeit in den gebildeten Ständen beruht. Schallmeyer weist darauf hin, dass es den Männern meist erst relativ spät möglich sei, einen Hausstand zu begründen, dass ferner bei den Frauen ganz besonders die Mitgiftfrage mitspreche, die meist mehr als der physische Wohlstand bei der Eheschliessung berücksichtigt werde.

Aus allen diesen Gründen, nicht nur aus den physiologischen, erklärt sich auch das Aussterben der gebildeten städtischen Generationen, vor allem auch der alten Adelsgeschlechter. Dass das Leben und die Beschäftigung in den Städten auf die Dauer nicht degenerierend wirken könne, soll hier aber keineswegs behauptet werden, nur möge man die wirtschaftlichen Momente nicht verkennen und für deren Wirkungen physiologische Ursachen verantwortlich machen wollen.

Alles bisher Angeführte hatte hauptsächlich Geltung für die gebildeteren Bevölkerungsklassen; nun muss noch ein Punkt Erwähnung finden, der auch in den niederen

---

[1]) Schallmeyer, über die drohende körperliche Entartung der Kulturmenschheit, Berlin 1891.

Schichten nach Ansicht vieler Autoren und Ärzte von hoher Bedeutung ist. Es handelt sich hier um das Aufziehen der Kinder durch Flaschenmilch. Bunge[1]) meint, die Stillfähigkeit der Frauen, besonders der in den Städten, nehme beständig ab, ein Umstand, der höchst bedenklich sei. Die künstlichen Ernährungsmittel seien nur höchst unvollkommene Surrogate, durch welche die naturgemässe Ernährung der Kinder keineswegs ersetzt werden könne. So weist Bunge auch z. B. nach, dass die fast durchgängig angewandte Kuhmilch bei weitem nicht den Nährwert enthalte, wie andere Milchsorten. Er bringt ferner die künstliche Kinderernährung mit der Wehrfähigkeit in Relationen, indem er statistisch nachweist, dass naturgemäss ernährte Kinder weit lebensfähiger und kräftiger seien, als die anderen, also auch für den Militärdienst geeigneter würden[2]). Die Unfähigkeit, die Kinder zu stillen, sei in den Städten weit verbreitet und schon daraus zu erkennen, dass stets nur ländliche Ammen gesucht würden, ein Luxus, den sich aber nur besser situierte Familien leisten können.

Woher kommt aber dieser physische Mangel der Stadtfrauen? Mit Beantwortung dieser Frage müssen wir ein noch dunkles Gebiet der Medizin, die Lehre von der Vererbung, kurz berühren. Zunächst muss gesagt werden, dass die Ursachen des Nichtstillens der Kinder anfänglich wieder rein praktischer Natur sind, indem die in den Städten lebenden oder gar industriell beschäftigten Frauen meist nicht die Zeit haben, ihre Kinder während des ganzen Tages selbst zu warten, dann aber auch durch ein längeres Stillen zu sehr für die Arbeit geschwächt würden.

---

[1]) Bunge, die zunehmende Unfähigkeit der Frauen, ihre Kinder zu stillen, München 1905.

[2]) vergl. hierzu auch die Ausführungen bei Röse, Beruf und Militärtauglichkeit, in der Politisch-Anthropologischen Revue, Juni 1905.

Nun sagt Bunge, dass eine Frau, welche nie selbst ein Kind stille,. die physische Möglichkeit hierzu überhaupt verliere, ja sogar ein Stillunvermögen weiter vererbe. Wir hätten es also hier mit der Vererbung eines erworbenen Fehlers zu tun, der durch den Nichtgebrauch bestimmter Organe entstanden ist, dessen Vererbungsmöglichkeit gemeinhin als erwiesen angesehen wird. Ja, man geht sogar so weit, zu behaupten, alle erworbenen Körperfehler, wie sie heute häufig vorkommen bei den einseitigen Anstrengungen, denen die industriellen Arbeiter ausgesetzt sind, seien vererbbar. Diese Theorie unterstützt natürlich die Anschauung von der Degenerationsgefahr der Stadt- und Industriebevölkerung. Von fachmännischer Seite aber wird eine derartige Vererbungsmöglichkeit vollkommen in Abrede gestellt. So sagt z. B. Ammon a. a. O. „angeborne Eigenschaften können vererbt werden, erworbene, d. h. solche, die durch äussere Einflüsse einschliesslich Gebrauch oder Nichtgebrauch von Organen am Körper entstehen, können nicht vererbt werden, weil durch diese die entsprechenden Determinanten des Keimplasmas nicht derart verändert werden, dass sie von sich aus dieselbe Veränderung des Körpers der Nachkommen erzeugen, welche durch äussere Einwirkungen bei den Eltern entstanden war.“ Auch Weissmann[1]) bestreitet die Vererbungsmöglichkeit erworbener Eigenschaften und legt seinen Behauptungen langjährige Beobachtungen zu Grunde. Er meint, Vererbungen seien meist überhaupt nicht zu kontrollieren, wenn die Nachkommen unter denselben Bedingungen leben, wie ihre Erzeuger. So weist er z. B. auf die Rückbildung der Augen bei See- und Höhlentieren hin, wo man eine Vererbung durchaus nicht konstatieren könne, da eine sich stets wiederholende Rückbildung bei jedem einzelnen Exemplare nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich sei.

---

[1]) Weissmann, über die Vererbung, Leipzig 1892.

So beweiskräftig Ammon's Ausführungen und Weissmann's zahlreiche Beispiele sein mögen, so spricht doch gegen beider Theorie die ständige Abnahme der rudimentären Organe des menschlichen Körpers. Eine Entscheidung dieser Frage ist hier jedoch nicht zu fällen, zumal das letzte Wort hierüber erst noch gesprochen werden soll.

Am wenigsten umstritten sind noch die einfachen Erfahrungstatsachen, welche in der gesamten Literatur von Gegnern so gut wie Freunden der Landbevölkerung als existierend anerkannt werden. Die gute Luft, die gleichmässige Anstrengung des ganzen Körpers, der fast ununterbrochene Aufenthalt im Freien und die gleichförmige Lebensweise sind es, welche die Landbevölkerung physisch überlegen machen. Mögen auch die sanitären Einrichtungen in den Städten manchen Uebelstand beseitigen, ganze Arbeit haben sie bisher noch nicht getan.

Schlusswort.

Vorliegende Arbeit macht nicht den Anspruch auf eine erschöpfende Behandlung der Wehrfähigkeitsfrage; sie soll zunächst nur eine Sammlung und kurze Skizzierung des einschlägigen Materials, soweit ich es mir bisher zugänglich machen konnte, darstellen, auf Grund deren weitere, speziellere Untersuchungen angestellt werden können.

Es ist mir eine angenehme Pflicht, hier an dieser Stelle allen Behörden, Bibliotheken und Privatpersonen, welche das Gedeihen meiner Arbeit durch Auskünfte oder Ueberlassung von Material in freundlicher Weise gefördert haben, meinen wärmsten Dank auszusprechen.

Wenn ich mir die Erörterung der Spezialfrage, welchen Einfluss die einzelnen Berufsarten auf die Wehrfähigkeit ausüben, für eine spätere Zeit aufgespart habe, so hat dies wiederum seinen Grund in dem mangelhaften Zahlenmaterial, das mir zu Gebote stand. Da ich, wie schon hier erwähnt sein möge, in dieser Frage einen Standpunkt einnehme, der von dem der Allgemeinheit grundverschieden ist, glaube ich, besonders reiche Beläge für meine Behauptung beibringen zu müssen. Meine Ansicht geht nämlich dahin, dass nicht der Beruf auf die Wehrfähigkeit einwirkt, sondern dass vielmehr der physische und intellektuelle Zustand des einzelnen Individuums für die Berufswahl ausschlaggebend ist. Andeutungen ähnlicher Art finden sich zwar vereinzelt und fast schüchtern in der Litteratur, ein näheres Eingehen aber auf diese Version ist nicht anzutreffen. Wenn auch die Resultate meiner Arbeit in keinem Verhältnisse zu der Mühe der Materialsbeschaffung stehen, so hoffe ich doch, ein wenig dazu beizutragen, das öffentliche Interesse von neuem auf eines der wichtigsten Gebiete unserer Bevölkerungspolitik hinzulenken!

Zählkarte „P“

für Unteroffiziere und Mannschaften, welche am 1. Dezember 1906 dem aktiven Dienststande angehören. (S. Erläuterung. Ziff. 1, 2 u. 7.)

1. Truppen- oder Marineteil usw., der die Zählkarte aufstellt:
   a) Regiment oder selbständiges Bataillon, Anstalt usw.:
   (Abkürzungen oder Anwendung von Firmenstempel sind, falls dies zu keinen Missverständnissen Anlass geben kann, gestattet. Es genügt die Angabe der Waffengattung und der Nr. des Regiments z. B. Gren. Rgt. 1) .....
   .....
   b) Kompagnie, Eskadron, Batterie usw.: .....
2. Falls die Militärperson dem unter 1 a) aufgeführten Truppenteile usw. nur zugeteilt oder zu diesem abkommandiert ist, Angabe ihres eigentlichen Truppenteils usw.: .....
   .....
3. Familien- und Vorname: .....
4. Dienstgrad: (Gemeiner, Gefreiter usw.) .....
   (Bezeichnungen wie „überzähliger“ Gefreiter oder Unteroffizier usw., „ausseretatsmässiger“ Vizefeldwebel usw. sind nicht mit aufzunehmen. Bei Fahnenjunkern und Einjährig-Freiwilligen ist ausdrücklich vor den Dienstgrad zu setzen: „Fahnenjunker“ bezw. „Einjährig-Freiwilliger“.)
5. a) Geboren am ..... (Monat) ..... (Jahr) .....
   b) Eingetreten am ..... (Monat) ..... (Jahr) .....
6. a) Grösse: ..... cm
   b) Brustmass: ..... cm } (Siehe Erläuterungen Ziffer 3)
   c) Gewicht: ..... kg
7. Geburtsort: ..... Kreis, Bezirksamt, Oberamt: ..... Bundesstaat: ..... für ausserhalb des Deutschen Reiches Geborene: Geburtsland: .....
   (Siehe Erläuterungen Ziffer 4)
8. Stand oder Gewerbe vor dem Diensteintritt: .....
   (Siehe Erläuterungen Ziffer 5)
9. Stand oder Gewerbe des Vaters: .....
   (Siehe Erläuterungen Ziffer 5 und 7)
10. Geburtsort des Vaters: ..... Kreis, Bezirksamt, Oberamt: ..... Bundesstaat: ..... für ausserhalb des Deutschen Reiches Geborene: Geburtsland: .....
    (Siehe Erläuterungen Ziffer 4 und 7, Abs. 2 und 3)
11. Geburtsort der Mutter: ..... Kreis, Bezirksamt, Oberamt: ..... Bundesstaat: ..... für ausserhalb des Deutschen Reiches Geborene: Geburtsland: .....
    (Siehe Erläuterungen Ziffer 4 und 7, Abs. 2 und 3)
12. Wenn Vater oder Mutter tot sind und Angaben bei Frage 9, 10 oder 11 fehlen: (Siehe Erläuterungen Ziffer 6)
    a) Vorname des Vaters: ..... (Siehe Erläuterungen Ziffer 7, Abs. 2 und 3)
    b) Sterbejahr des Vaters: ..... (S. Erläut. Ziff. 7, Abs. 2 u. 3)
    c) Sterbeort des Vaters: ..... Kreis, Bezirksamt Oberamt: ..... Bundesstaat: ..... (Siehe Erläuterungen Ziffer 4 und 7, Abs. 2 und 3)
    d) Vorname der Mutter: ..... (Siehe Erläuterungen Ziffer 7, Abs. 2 und 3)
    e) Sterbejahr der Mutter: ..... (S. Erläut. Ziff. 7, Abs. 2 u. 3)
    f) Sterbeort der Mutter: ..... Kreis, Bezirksamt, Oberamt: ..... Bundesstaat: ..... (Siehe Erläuterungen Ziffer 4 und 7, Abs. 2 und 3)

Wenden.

Erläuterungen zur Ausfüllung der Zählkarte.

1. Für welche Unteroffiziere und Mannschaften Zählkarten auszufüllen sind, ergeben die darüber getroffenen besonderen Anordnungen der Militär- bezw. Marine-Behörde.
2. Die Fragen sind auf Grund der „Truppen- oder Marine-Stammrollen" und „Mannschafts-Untersuchungslisten" bezw. durch Befragen der Mannschaften zu beantworten.
3. Bei den Fragen der Ziffer 6 sind die bei der Einstellung festgestellten Masse usw. einzutragen. (Siehe unter Ziffer 7).
4. Bei den Fragen zu 7, 10 und 11 ist der Geburtsort, bei den Fragen 12c) und 12f) der Sterbeort so genau zu bezeichnen, dass Verwechslungen mit anderen, gleich oder ähnlich benannten Orten ausgeschlossen sind.
5. Bei den Fragen 8 und 9 kommt es darauf an, so deutlich wie möglich anzugeben, welchem Berufe (Gewerbe) die betreffenden Personen angehören, sodass zu ersehen ist,

   ob sie der Land- oder Forstwirtschaft, dem Gewerbe oder der Industrie, dem Handel oder Verkehr oder welchen anderen Berufen oder Gewerben zugerechnet werden müssen und ob sie darin selbständig (Gutsbesitzer, Administratoren, Hofbesitzer, Stellenbesitzer usw., Fabrikbesitzer, Fabrikdirektoren, Handwerksmeister usw.) oder nicht selbständig (Angestellte, Gesellen, Arbeiter usw.) sind oder waren. Der hauptsächliche oder allgemeine Beruf ist, soweit angängig, genau zu bezeichnen (z. B. Gymnasiallehrer, Geistlicher, Arzt, Gerichtssekretär, Volksschullehrer, Handlungsreisender, Bäckergeselle, Zigarrenarbeiter, Fabrikarbeiter, landwirtschaftlicher Tagelöhner usw.).

   Insbesondere ist bei den Arbeitern und Tagelöhnern derjenige Arbeits- oder Geschäftszweig anzugeben, in welchem sie ständig oder meistens arbeiten (ob in Landwirtschaft, bei Forst-, Garten-, Bau-, Eisenbahn-, Chaussee-, Hafen-, Kanalarbeiten, in Fabriken, Bergwerken, Handlungs- oder Verkehrsbetrieben usw.). Dabei ist derjenige Beruf anzugeben, welcher seit Verlassen der Schule die längste Zeit hindurch ausgeübt wurde. Wer beispielsweise mehrere Jahre hindurch in der Landwirtschaft beschäftigt und nur das letzte Jahr oder die letzten Monate als Handwerksgeselle oder Fabrikarbeiter tätig war, ist mit der ersteren, nicht mit der letzteren Beschäftigung nachzuweisen.
6. Die Fragen zu 12a), b) und c) brauchen nur dann ausgefüllt zu werden, wenn die Frage 9 oder 10 unbeantwortet geblieben ist, damit die Lücke durch Anfrage des Königlich Preussischen Statistischen Landesamtes bei dem Standesamte des Sterbeortes ausgefüllt werden kann. Ebenso sind die Fragen 12d) e) und f) nur dann zu beantworten, wenn die Frage 11 nicht ausgefüllt werden konnte
7. Alle Fragen sind nur soweit zu beantworten, als dies auf Grund der „Truppen- oder Marine-Stammrollen" und „Mannschafts-Untersuchungslisten" bezw. durch Befragen der Mannschaften möglich ist.

   Sollten die Fragen 9 bis 12 nicht ohne weiteres beantwortet werden können, so kann es sich empfehlen, ihre Beantwortung bis zur Rückkehr der Mannschaften von einem etwaigen Weihnachtsurlaub auszusetzen, um den letzteren Gelegenheit zu geben, mündliche Erkundigungen in der Heimat anzustellen.

   Lässt sich eine Frage trotzdem nicht beantworten, so ist hinzuschreiben „unbekannt". Zu besonderen Rückfragen bei den Ortsbehörden usw. sind die Truppenteile nicht verpflichtet.

Lebenslauf.

Ich, Ferdinand von Gerhardt, evangelisch, bin zu Frankfurt a. M. den 20. Juli 1884 geboren als Sohn des jetzigen Oberstleutnants und Bezirkskommandeurs Ferdinand von Gerhardt und seiner Ehefrau Alma geb. Schweitzer. Im Jahre 1886 verlor ich durch einen Unglücksfall mein linkes Auge, wodurch auch die Sehkraft des rechten stark beeinträchtigt wurde.

Von Ostern 1890 bis Michaeli 1897 besuchte ich die Blindenanstalt zu Frankfurt a. M. von da ab bis Ostern 1898 infolge Versetzung meines Vaters nach Breslau die hiesige Blindenanstalt.

Hierauf trat ich in die Quarta des Reformgymnasiums „Zum heiligen Geist“ ein, besuchte die humanistische Abteilung und verliess genannte Anstalt Ostern 1902 mit dem Einjährig-Freiwilligen Zeugnis.

Hierauf wurde ich an hiesiger Universität extra ordinem immatrikuliert und widme e mich dem Studium der Staatswissenschaften und des geltenden Rechts.

Michaeli 1905 holte ich an der humanistischen Abteilung des Reformgymnasiums „Zum heiligen Geist“ als extraneus die Reifeprüfung nach.

Vorlesungen hörte ich bei folgenden Herren Professoren und Dozenten, deren ich hier in Dankbarkeit gedenke:

Abicht, Baumgartner, Beyerle, Bobertag, Brie, Caro †, Cichorius, Dahn, Ebbinghaus, Engelmann, Fischer, Gebauer, Gretener, Grünhagen,

Hedemann, Heilborn, Joers, Kaufmann, Klingmüller, Leonhard, London, Meyer, Partsch, Riesenfeld, Sachs, Siebs, Sombart, v. Wenckstern, Wolf.

An ihren Seminaren liessen mich teilnehmen die Herren Professoren:

Caro †, Cichorius, Dahn, Wolf.

Es sei mir gestattet, auch an dieser Stelle Herrn Professor Dr. J. Wolf meinen wärmsten Dank auszusprechen für die freundliche Unterstützung, die er mir bei Abfassung dieser Arbeit zu teil werden liess.